

## Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Hollands.

Im Theateraal zu Deventer fand am Sonnabend und Sonntag, den 13. und 14. Febr., der außerordentliche Parteitag statt. Er ist eine Folge der weitgehenden Meinungsunterschiede zwischen der revisionistischen und marxistischen Richtung innerhalb der holländischen Partei. Die Kritik der letzteren Richtung auf die Leitung der Partei, die Kammerfraktion, das Parteitageblatt *Het Volk*, war anfangs von der Seite der Redaktion der wissenschaftlichen Monatschrift *De Nieuwe Tyd* erfolgt, und zwar kam hierbei speziell die theoretische Seite der Meinungsunterschiede in den Vordergrund. Nach Niederwerfung der *Nieuwe Tyd*-Gruppe durch den Parteitag zu Utrecht zogen die voranstehenden Genossen dieser Richtung sich eine längere Zeit aus der Parteitätigkeit zurück und stets mehr folgte die Parteilichkeit der revisionistischen Richtung, der alle Machtmittel in der Partei zu Gebote standen. Hierdurch spitzten sich die Gegensätze immer schärfer zu. Da der Inhalt von *Het Volk*, mit Ausnahme vereinzelter Artikel, ausschließlich die revisionistische Richtung, und zwar mit bis zur äußersten Grenze gehender Tendenz, vertrat, errichteten einige jüngere Marxisten unter Redaktion der Genossen J. C. Ceton, W. v. Rabenstein und D. J. Winkoop, das sozialdemokratische Wochenblatt *Die Tribune*. Diese diente zur Propagierung der marxistischen Auffassung des Klassenkampfes. In diesem Bestreben führte ihr Inhalt zur Kritik der so weitgehenden revisionistischen Tendenzen, die in ihrem Hervortreten immer sichtbar an den Tag traten. Die *Tribüne* erwarb sich einen nicht unbedeutenden Leserkreis und einen sich fest um sie gruppierenden Anhang. Dieser Erfolg schien den leitenden Organen der Partei, insbesondere der Kammerfraktion, schädlich für das Parteiinteresse. Nach langem und vielseitigem Hin- und Herbogen der Wirtnisse, in denen die Partei verkehrte, kam es schließlich zu dem jetzigen außerordentlichen Parteitag, der dem Wunsch der revisionistischen Richtung gemäß zur definitiven Lösung der Schwierigkeiten dienen soll. Das Mittel hierzu ist folgender, aus drei genau voneinander zu scheidenden Teilen bestehender Antrag des Parteivorstands:

- a) Die Partei gebe unter Redaktion der Genossin Roland-Holst und des Genossen Wibout ein Wochenblatt heraus. Dieses Wochenblatt soll als Beilage mit *Het Volk* verbunden werden. Die Redakteure üben ihr Amt in regelmäßigem Einvernehmen mit der Redaktion von *Het Volk* aus und haben hierfür, um mit *Het Volk* ein gutes Ganzes zu bilden, auch das Recht, betreffs Inhalt des Tageblatts mitzureden.
- b) Der Kongreß spreche als seine entschiedene Meinung aus, daß obenstehender Beschluß die Aufhebung der *Tribüne* zur Folge haben soll.
- c) Falls die Parteigenossen, die die *Tribüne* herausgeben, zu dieser Aufhebung nicht bereit sind, spreche der Kongreß als seine Meinung aus, daß diese Parteigenossen von der Mitgliedschaft der Partei ausgeschlossen erklärt werden müssen.

Der Anfang des außerordentlichen Parteitags ist auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt. Auf der Bühne des Theaters, wo der Parteitag stattfindet, hat der Parteivorstand Platz genommen, der Saal ist mit Abgeordneten gefüllt, nahe der Bühne sitzt die Kammerfraktion, bis auf Schaper und Helsdingen, die Mitglieder des Parteivorstands sind. Hinter der Kammerfraktion sitzen die angelegten drei *Tribünen*-Redakteure. Der Zuschauerraum ist mit Parteigenossen stark besetzt; die bürgerliche Presse ist, wie immer, stark vertreten.

Kurz nach 1 Uhr eröffnet der Parteivorsitzende, Genosse W. G. Wliegen, den Parteitag mit einer Ansprache, in der er ausführt: Zum erstenmal, seit dem Bestehen der Partei, führten die Verhältnisse in der Partei zu einem außerordentlichen Kongreß, und zwar gerade zu Deventer, wo auch der erste Parteitag in 1895 stattfand und wo das Parteiprogramm festgesetzt wurde. Viel Unannehmlichkeiten habe man inzwischen erlebt, trotzdem sei die Partei gewachsen. Damals habe man in einem sehr kleinen Saal mit 20 Abgeordneten aus 14 Abteilungen beraten, jetzt dieser große Saal mit den vielen Abgeordneten! Redner weist auf das Wachstum der Partei selbst hin, auf die großen Veränderungen, welche die Partei im holländischen Proletariat erzielt, und meint, die Hoffnung auf die Zukunft der Partei sei groß, was auch immer geschehen möge. Redner gibt dann eine Uebersicht über die Entstehungsgeschichte dieses Parteitags und nennt als konkreten Punkt der Verhandlungen das Auftreten der *Tribüne*, das bereits den letzten Oester-Parteitag zu Arnheim beschäftigt und das großes Mißbehagen in der Partei verursacht habe, besonders als bei der Diskussion in der Zweiten Kammer über die Arbeitslosenfrage, trotz des durch das Auftreten Troelstras erzielten großen Effekts und des großen Resultats, sich herausstellte, daß selbst bei solch großer Angelegenheit die unredliche Kritik einsetzt, anstatt sie der Propaganda zunutze zu machen. Da habe man gedacht:

Resultat war das Parteireferendum, durch welches die Mehrheit der Partei die beiden Ausgeschiedenen wiedervählte und die Abhaltung des außerordentlichen Parteitags beschloß. Hierzu hatte sich der Parteivorstand entschlossen, um durch den Kongreß eine deutliche Aussprache zu erzielen. — Die Spaltung lag in der Luft, die Ansichten waren einander entgegengesetzt, eine gefährliche Atmosphäre herrschte. Deshalb berief der Parteivorstand wiederum eine Konferenz zusammen, und zwar vor voranstehenden Genossen. Es war keine Rede davon, die *Tribünen*-Redakteure einzuladen, nur einer derselben sollte eventuell in seiner Funktion als Parteipropagandist eingeladen werden. Aber die Ansicht war, daß man mit den *Tribünen*-Redakteuren nicht verhandeln könne, gegen sie bestehe ein „Prozeß“, wodurch der Parteitag nötig geworden war. Das Resultat der Konferenz war der Antrag des Parteivorstands, der dem Parteitag zur Beratung vorliegt.

Der Vorsitzende bedauert, daß eine Gruppe von Parteigenossen schon vorher beschlossen hat, sich nicht den Beschlüssen des Parteitags zu unterwerfen und dadurch diese schwieriger macht. Die Meinung des Parteivorstands über Punkt c seines Antrags ist geteilt, darum werde die Minderheit apart darüber reden. Der Vorsitzende hofft, daß die Partei als Einheit, womöglich als größere, wenn es sein muß als kleinere, aber jedenfalls als Einheit auseinander gehe.

Die Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung.
2. Festsetzung der Dauer und Anzahl der Sitzungen.
3. Mitteilungen.
4. Beratung der Anträge.

Die letzteren betragen 11, worunter der des Parteivorstands.

Beschlossen wird, heute bis 5½ Uhr und in einer Abend-sitzung von 8 Uhr bis Mitternacht zu tagen, morgen von 9 bis 12 Uhr vormittags und dann von 1 bis 5 Uhr.

Hierauf werden die allgemeinen Beratungen unter dem Vorsitz des Gen. Schaper eröffnet und erhält Gen. Wliegen das Wort als Vertreter des Parteivorstands.

Die Redefreiheit, sagt Redner, braucht nicht besprochen zu werden. Niemand denkt daran, sie zu beschränken, auch die verschiedenen Resolutionen voriger Parteitage nicht. Wenn aber das Auftreten einer Gruppe in der Partei zu Verhältnissen führt, wie die jetzigen, dann steht das Bestehen der Partei in Frage. Die Meinung aller, auch im Parteivorstand, ist es, daß Eingreifen geboten. Hätte der Parteivorstand gemeint, daß in der Tat prinzipielle Meinungsverschiedenheiten beständen, die Zusammenarbeiten im täglichen Kampfe unmöglich machten, dann hätten Anträge, die zu anderer Kampfweise führten, eingereicht werden müssen, dann wäre der Antrag des Parteivorstands unnötig. Wenn es sich jedoch herausstellt, daß aus den verschiedenen Standpunkten heraus keine konkreten Anträge kommen, beide Richtungen im Tageskampfe nicht voneinander abweichen, da ist es nicht nötig, auseinander zu gehen, keine Spaltung ist nötig, eine Grundlage für gemeinschaftliches Zusammenwirken ist dann zu finden. Wäre es wahr, daß die Partei durch den Revisionismus in andre Position als früher gebracht ist, im Gegensatz zu den andern internationalen Parteien, dann müßte dies mit Tatsachen bewiesen werden können, was nach Redners Meinung noch nie geschehen sei. Was unterlassen wir, fragt Redner, was in andern Ländern wohl geschieht? Wir stehen auf präzise derselben Grundlage als die Parteien in andern Ländern. Der Unterschied besteht in theoretischer Einsicht betreffs der gesellschaftlichen Tatsachen. Theorie und Praxis müssen in der Partei jedoch vereinigt wirken. Nie habe man die Marxisten aus der Partei werfen wollen. Der Wert des Parlamentarismus werde hauptsächlich abgemessen, aber kommt man zu Taten, dann sehe man auch hierin auf gleichem Standpunkte. In der Konferenz vom 31. Januar war die größte Beschwerde der marxistischen Teilnehmer, daß sie in ihrer freien Meinungsäußerung behindert würden, sie hatten das Gefühl der Unterdrückung. Nie, außer in der *Tribüne*, sei gesagt, daß die Taktik verkehrt sei. Infolge dieser Erwägungen kam der Antrag des Parteivorstands, d. h. a) ein Wochenblatt zu *Het Volk* unter Redaktion von Marxisten, wozu Henriette Roland-Holst und J. M. Wibout ausersehen wurden. Dieses Wochenblatt muß dem Volk angegliedert werden, damit die Marxisten alle Leser von *Het Volk* erreichen können, was die *Tribüne* nicht kann. Ein gewisses gemeinschaftliches Zusammenwirken mit *Het Volk* ist nötig, kein selbständiges Wochenblatt aber, das wäre nicht richtig und nicht gut. Nur unter eigener Verantwortlichkeit kann die Partei dieses herausgeben. Ein apartes Wochenblatt müßte angesehen werden, die ganze Parteilichkeit wiederzugeben, und das sei nicht der Fall.

Die Folge der Errichtung des Wochenblattes muß die Aufhebung der *Tribüne* sein, das müsse feststehen. Das Weiterbestehen dieser würde jeden guten Einfluß verhindern und jedes gute Zusammenwirken. Mit Parteigenossen wie den *Tribünen*-Redakteuren sei nicht zusammenzuarbeiten. Der ganze Parteivorstand sei der Ansicht, daß die *Tribüne* verschwinden müsse. Mehr will Redner über letztere nicht sagen und erst die Argumente von ihrer Seite für ihr Fortbestehen hören. Wer helfe, den Bankappell aus der Partei zu entfernen, müsse mit ihr

Dann spricht Genosse Helsdingen (Mitglied der Kammerfraktion), als Vertreter einer der Minderheiten im Parteivorstand. Er wendet sich gegen Errichtung des Wochenblattes, in welcher er eine Belohnung der Untugenden der *Tribüne* sieht. Dieser Vermittlungsantrag müsse fehlschlagen, da er nur diene, um die Marxisten zufrieden zu stellen. Redner weist auf die Gefahr hin, daß viele Marxisten, selbst Abteilungen der Partei, diese verlassen würden, falls die *Tribünen*-Redakteure ausgeschlossen würden. Er wünscht, daß die Punkte a und b des Antrags vom Parteivorstand fallen gelassen würden und nur Punkt c besprochen werde. Redner will die Marxisten in der Partei behalten, aber verlangt, daß diese die *Tribüne* fallen lassen und auch auf das Wochenblatt verzichten.

Als Vertreter einer zweiten marxistischen Minderheit im Parteivorstand äußert sich nun Genosse Mendels über Punkt c des Parteivorstands-Antrags, welcher, wie er mitteilt, bei den verschiedenen Mitgliedern des Parteivorstands auch eine verschiedene Tendenz habe. Mit der kleinstmöglichen Mehrheit habe der Parteivorstand sich für Ausschluß der drei *Tribünen*-Redakteure ausgesprochen. Redner selbst ist der Ansicht, daß der außerordentliche Parteitag unnötig und der Ausschluß der drei ungehörig sei und so schädlich für die Partei, daß man die Verantwortlichkeit nicht mehr tragen könne. — Bitterkeit war in die Äußerungen der Meinungsunterschiede gekommen und Verwirrung in dem Ton. Hauptfrage wurde da für den Parteivorstand — und Troelstra besonders stellte dies in den Vordergrund —, eine Basis zu finden, wie die verschiedenen Parteirichtungen zusammen arbeiten könnten. Da wurde im Parteivorstand der unvorherbereite Antrag zur Errichtung des Wochenblattes gestellt, der oberflächlich gesehen, vielen eine gute Grundlage erschien. Dies sollte keine Gunst für eine kleine Gruppe von Parteigenossen sein, aber es wurde allgemein als im Interesse der Partei liegend angesehen, daß die Marxisten ein Wochenblatt bekämen, weil unser Programm marxistisch ist und die Marxisten eine Gelegenheit haben müßten, worin sie ihre Ansichten aussprechen konnten. Soll der Parteitag nun, sagt Redner, eine Vorbedingung an die Errichtung des Wochenblattes knüpfen, welche die organisatorische Einheit wieder in Gefahr bringt? Wenn der Parteitag die Verständigung will, dann keinen Ausschluß von Genossen! Es sei eine gefährliche Stimmung, in der man sage: es müsse nun einmal aus sein. Die Meinungsunterschiede sind nicht so erschreckend, daß sie auf eine Weise, wie sie in der *Tribüne* zum Austrag kommen, geklärt werden müßten. Es ist eine Frage, ob eine sozialdemokratische Partei das Recht hat, ein einzelnen Genossen gehöriges Blatt zu verbieten, und diese auszuschließen, nicht auf Grund dessen, was geschrieben ist, sondern von dem, was noch geschrieben werden wird. Der Parteivorstand hat mit seinem jetzigen Antrag gänzlich seinen Standpunkt geändert. So sagte der Parteivorsitzende Wliegen noch zu Arnheim, er lasse sich von niemandem verbieten, zu schreiben was und wo er wolle. Anfangs wollte der Parteivorstand die *Tribünen*-Redakteure nur auf Grund einer eventuellen Übertretung der von ihnen abgegebenen Erklärung aus der Partei ausschließen, jetzt beantrage er den Ausschluß bei Nichtaufhebung der *Tribüne*. Redner weist auf das Bestehen persönlicher Ausgaben von Blättern und Zeitschriften im Auslande und hält eine warme Ansprache an den Parteitag, worin er sich gegen den Ausschluß erklärt.

Fortuyn (Amsterdam II) weist darauf hin, daß die Parteistatuten keineswegs eine Bestimmung enthalten, die zuläßt, daß die *Tribüne* verboten werden kann, das Programm aber fordert volle Freiheit der Meinungsäußerung. Ihr dürft ruft er den Abgeordneten zu, Parteigenossen den Mund nicht schließen, weil ihr deren Kritik fürchtet. Die Führer seien, sage man, schwer beleidigt worden, aber De Vlyde Wereld (das Blatt der sozialdemokratischen Pfarrer) sei für Redner ein stetes Alptrüden, deshalb wolle er diese Gruppe doch nicht ausschließen. Die wissenschaftliche Monatschrift *De Nieuwe Tyd* wolle man wohl behalten, da sie nur 600 Abnehmer erreiche, die *Tribüne* aber, die nur 3 Cent koste, erreiche die Arbeiter und darum müsse sie weg.

Duys-Zaardam trachtet, einen Vergleich zwischen den vom Erfurter Parteitag ausgeschlossenen „Jungen“ und den marxistischen *Tribünen*-Redakteuren zu konstruieren, wird hierbei und seiner persönlichen Ausfälle halber wiederholt unterbrochen, findet aber den Beifall der Versammlung, da er Unpersönlichkeit beobachtet wissen will und unbedingten Ausschluß fordert.

van der Waerden-Amsterdam V wendet sich speziell gegen *Het Volk*, das wütend aufspringt, wenn Kritik kommt und kein Wohlwollen kennt. Redner nennt das Kolportageverbot der *Tribüne* in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Rotterdam, wo Troelstra sprach, eine Schande. Troelstras Kammerreden über die Arbeitslosenfrage hätten viel Propagandistisches gehabt, von ihnen habe die *Tribüne* nichts gesagt, aber wohl, daß Troelstra kein Sozialdemokrat sei. Dies sei auch eine Schande. Zu Erfurt seien die Leute ausgeschlossen worden, weil sie geschrieben hätten, daß die Führer die Partei korrumpierten.

Troelstra (unterbrechend): Gewiß, und die *Tribüne* schrieb, die Kammerfraktion steuere bewußt nach einem Bloß mit den holländischen Parteien eher noch nicht, es ohrlisch zu tun

fassung des Klassenkampfes. In diesem Bestreben führte ihr Inhalt zur Kritik der so weitgehenden revisionistischen Tendenzen, die in ihrem Hervortreten immer sichtbar an den Tag traten. Die Tribüne erwartete sich einen nicht unbedeutenden Leserkreis und einen sich fest um sie gruppierenden Anhang. Dieser Erfolg schien den leitenden Organen der Partei, insbesondere der Kammerfraktion, schädlich für das Parteiinteresse. Nach langem und vielseitigem Hin- und Herwogen der Wirrnisse, in denen die Partei verkehrte, kam es schließlich zu dem jetzigen außerordentlichen Parteitag, der dem Wunsche der revisionistischen Richtung gemäß zur definitiven Lösung der Schwierigkeiten dienen soll. Das Mittel hierzu ist folgender, aus drei genau voneinander zu scheidenden Teilen bestehender Antrag des Parteivorstands:

a) Die Partei gebe unter Redaktion der Genossin Roland-Holst und des Genossen Wibout ein Wochenblatt heraus. Dieses Wochenblatt soll als Beilage mit Het Volk verbunden werden. Die Redakteure üben ihr Amt in regelmäßigem Einvernehmen mit der Redaktion von Het Volk aus und haben hierfür, um mit Het Volk ein gutes Ganzes zu bilden, auch das Recht, betreffs Inhalt des Tageblatts mitzureden.

b) Der Kongress spreche als seine entschiedene Meinung aus, daß obenstehender Beschluß die Aufhebung der Tribüne zur Folge haben soll.

c) Falls die Parteigenossen, die die Tribüne herausgeben, zu dieser Aufhebung nicht bereit sind, spreche der Kongress als seine Meinung aus, daß diese Parteigenossen von der Mitgliedschaft der Partei ausgeschlossen erklärt werden müssen.

Der Anfang des außerordentlichen Parteitags ist auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt. Auf der Bühne des Theaters, wo der Parteitag stattfindet, hat der Parteivorstand Platz genommen, der Saal ist mit Abgeordneten gefüllt, nahe der Bühne sitzt die Kammerfraktion, bis auf Schaper und Helsdingen, die Mitglieder des Parteivorstands sind. Hinter der Kammerfraktion sitzen die angeklagten drei Tribünen-Redakteure. Der Zuschauerraum ist mit Parteigenossen stark besetzt; die bürgerliche Presse ist, wie immer, stark vertreten.

Nach 1 Uhr eröffnet der Parteivorstand, Genosse W. S. Wliegen, den Parteitag mit einer Ansprache, in der er ausführlich: Zum erstenmal, seit dem Bestehen der Partei, führten die Verhältnisse in der Partei zu einem außerordentlichen Kongress, und zwar gerade zu Deventer, wo auch der erste Parteitag in 1895 stattfand und wo das Parteiprogramm festgesetzt wurde. Viel Unannehmlichkeiten habe man inzwischen erlebt, trotzdem sei die Partei gewachsen. Damals habe man in einem sehr kleinen Saal mit 20 Abgeordneten aus 14 Abteilungen beraten, jetzt dieser große Saal mit den vielen Abgeordneten! Redner weist auf das Wachstum der Partei selbst hin, auf die großen Veränderungen, welche die Partei im holländischen Proletariat erzielt, und meint, die Hoffnung auf die Zukunft der Partei sei groß, was auch immer geschehen möge. Redner gibt dann eine Uebersicht über die Entstehungsgeschichte dieses Parteitags und nennt als konkreten Punkt der Verhandlungen das Auftreten der Tribüne, das bereits den letzten Oster-Parteitag zu Arnheim beschäftigt und das großes Mißbehagen in der Partei verursacht habe, besonders als bei der Diskussion in der Zweiten Kammer über die Arbeitslosenfrage, trotz des durch das Auftreten Troelstras erzielten großen Effekts und des großen Resultats, sich herausstellte, daß selbst bei solcher großer Angelegenheit die unredliche Kritik einsetzt, anstatt sie der Propaganda zunutze zu machen. Da habe man gedacht: „So gehe es nicht länger“. Im Parteivorstand entstand dann ein Antrag zu einem außerordentlichen Parteitag, der den Ausschluß der Tribünen-Redakteure beschließen sollte, aber daneben ein anderer, der eine Konferenz mit letzteren zur Folge hatte. In dieser wurde den betroffenen drei Parteigenossen vorgelegt, ihr Auftreten einzustellen, ihre Kritik zu mäßigen und die Wahl des Zeitpunkts derselben besser zu wählen. Das Resultat der Konferenz war eine Zusage der Tribünen-Redakteure, mit welcher der Parteivorstand vorläufig sich zufriedengeben wollte. Darauf entstand im Parteivorstand selbst über die Genüge der Tribünen-Erklärung ein Meinungsunterschied, insolge dessen die beiden Parteivorstandsmitglieder, die Kammer-Abgeordneten Schaper und Helsdingen, aus ihm austraten, da sie die Verantwortlichkeit nicht tragen zu können glaubten. Das

Die letzteren betragen 11, worunter der des Parteivorstands.

Beschlossen wird, heute bis 5½ Uhr und in einer Wendung von 8 Uhr bis Witternacht zu tagen, morgen von 9 bis 12 Uhr vormittags und dann von 1 bis 5 Uhr.

Hiernach werden die allgemeinen Beratungen unter dem Vorsitz des Gen. Schaper eröffnet und erhält Gen. Wliegen das Wort als Vertreter des Parteivorstands.

Die Redefreiheit, sagt Redner, braucht nicht besprochen zu werden. Niemand denkt daran, sie zu beschränken, auch die verschiedenen Resolutionen voriger Parteitage nicht. Wenn aber das Auftreten einer Gruppe in der Partei zu Verhältnissen führt, wie die jetzigen, dann steht das Bestehen der Partei in Frage. Die Meinung aller, auch im Parteivorstand, ist es, daß Eingreifen geboten. Gätte der Parteivorstand gemeint, daß in der Tat prinzipielle Meinungsverschiedenheiten beständen, die Zusammenarbeiten im täglichen Kampfe unmöglich machten, dann hätten Anträge, die zu anderer Kampfweise führten, eingereicht werden müssen, dann wäre der Antrag des Parteivorstands unnötig. Wenn es sich jedoch herausstellt, daß aus den verschiedenen Standpunkten heraus keine konkreten Anträge kommen, beide Richtungen im Tageskampfe nicht voneinander abweichen, da ist es nicht nötig, auseinander zu gehen, keine Spaltung ist nötig, eine Grundlage für gemeinschaftliches Zusammenwirken ist dann zu finden. Wäre es wahr, daß die Partei durch den Revisionismus in andre Position als früher gebracht ist, im Gegensatz zu den andern internationalen Parteien, dann müßte dies mit Tatsachen bewiesen werden können, was nach Redners Meinung noch nie geschehen sei. Was unterlassen wir, fragt Redner, was in andern Ländern wohl geschieht? Wir stehen auf präzise derselben Grundlage als die Parteien in andern Ländern. Der Unterschied besteht in theoretischer Einsicht betreffs der gesellschaftlichen Tatsachen. Theorie und Praxis müssen in der Partei jedoch vereinigt wirken. Nie habe man die Marxisten aus der Partei werfen wollen. Der Wert des Parlamentarismus werde beherzigt, aber nicht man zu Taten, dann sehe man auch hierin auf gleichem Standpunkte. In der Konferenz vom 31. Januar war die größte Beschwerde der marxistischen Teilnehmer, daß sie in ihrer freien Meinungsäußerung behindert würden, sie hatten das Gefühl der Unterdrückung. Nie, außer in der Tribüne, sei gesagt, daß die Taktik verkehrt sei. Infolge dieser Ermüdigungen kam der Antrag des Parteivorstands, d. h. a) ein Wochenblatt zu Het Volk unter Redaktion von Marxisten, wozu Henriette Roland-Holst und F. M. Wibout ausersehen wurden. Dieses Wochenblatt muß dem Volk angegliedert werden, damit die Marxisten alle Leser von Het Volk erreichen können, was die Tribüne nicht kann. Ein gewisses gemeinschaftliches Zusammenwirken mit Het Volk ist nötig, kein selbständiges Wochenblatt aber, das wäre nicht richtig und nicht gut. Nur unter eigener Verantwortlichkeit kann die Partei dieses herausgeben. Ein apartes Wochenblatt müßte angesehen werden, die ganze Parteimeinung wiederzugeben, und das sei nicht der Fall.

Die Folge der Errichtung des Wochenblattes muß die Aufhebung der Tribüne sein, das müsse feststehen. Das Weiterbestehen dieser würde jeden guten Einfluß verhindern und jedes gute Zusammenwirken. Mit Parteigenossen wie den Tribünen-Redakteuren sei nicht zusammenzuarbeiten. Der ganze Parteivorstand sei der Ansicht, daß die Tribüne verschwinden müsse. Mehr will Redner über letztere nicht sagen und erst die Argumente von ihrer Seite für ihr Fortbestehen hören. Wer helfe, den Zankapfel aus der Partei zu entfernen, müsse mit ihr den Beschluß helfen ausführen. Kann die Partei sich nicht von der Tribüne befreien unter Weibehaltung der drei Redakteure als Parteigenossen, sagt Redner, dann müsse sie es tun mit ihrem Verlust als solche. — Einen Antrag der Abteilung Bussum noch besprechend, der Aufhebung nach einem Jahre wünscht, sagt Redner, dies gehe nicht, sondern verlangt sofortige Aufhebung. Das Wochenblatt und die Tribüne zugleich sei eine Unmöglichkeit. Auch die Anträge Scheveningen und Middelhburg, die zwar Verbot der Tribüne, aber keinen Ausschluß ihrer Redakteure wollen, ist unannehmbar. Das sei Machtlos-Erklärung. Ausschluß ohne mehr, wie andre Abteilungen beantragen, müsse zurückgestellt werden, bis die drei Tribünen-Redakteure gesprochen hätten. — Zum Schluß sagt Redner: Die Partei müsse mit Energie ihre Beschlüsse nehmen.

des Wochenblattes gestellt, der oberflächlich gesehen, vielen eine gute Grundlage erschien. Dies sollte keine Gunst für eine kleine Gruppe von Parteigenossen sein, aber es wurde allgemein als im Interesse der Partei liegend angesehen, daß die Marxisten ein Wochenblatt bekämen, weil unser Programm marxistisch ist und die Marxisten eine Gelegenheit haben müßten, worin sie ihre Ansichten aussprechen konnten. Soll der Parteitag nun, sagt Redner, eine Vorbedingung an die Errichtung des Wochenblattes knüpfen, welche die organisatorische Einheit wieder in Gefahr bringt? Wenn der Parteitag die Verständigung will, dann keinen Ausschluß von Genossen! Es sei eine gefährliche Stimmung, in der man sage: es müsse nur einmal aus sein. Die Meinungsunterschiede sind nicht so erschreckend, daß sie auf eine Weise, wie sie in der Tribüne zum Austrag kommen, gekübelt werden müßten. Es ist eine Frage, ob eine sozialdemokratische Partei das Recht hat, ein einzelnen Genossen gehöriges Blatt zu verbieten, und diese auszuschließen, nicht auf Grund dessen, was geschrieben ist, sondern von dem, was noch geschrieben werden wird. Der Parteivorstand hat mit seinem jetzigen Antrag gänzlich seinen Standpunkt geändert. So sagte der Parteivorstand Wliegen noch zu Arnheim, er lasse sich von niemandem verbieten, zu schreiben was und wo er wolle. Anfangs wollte der Parteivorstand die Tribünen-Redakteure nur auf Grund einer eventuellen Uebertretung der von ihnen abgegebenen Erklärung aus der Partei ausschließen, jetzt beantrage er den Ausschluß bei Nichtaufhebung der Tribüne. Redner weist auf das Bestehen persönlicher Ausgaben von Blättern und Zeitschriften im Auslande und hält eine warme Ansprache an den Parteitag, worin er sich gegen den Ausschluß erklärt.

Fortuyn (Amsterdam II) weist darauf hin, daß die Parteistatuten keineswegs eine Bestimmung enthalten, die zuläßt, daß die Tribüne verboten werden kann, das Programm aber fordert volle Freiheit der Meinungsäußerung. Ihr dürft, ruft er den Abgeordneten zu, Parteigenossen den Mund nicht schließen, weil ihr deren Kritik fürchtet. Die Führer seien, sage man, jätter beleidigt worden, aber De Wlyde Wereld (das Blatt der sozialdemokratischen Pfarrer) sei für Redner ein stetes Alptrüden, deshalb wolle er diese Gruppe doch nicht ausschließen. Die wissenschaftliche Monatsschrift De Nieuwe Tyd wolle man wohl behalten, da sie nur 600 Mademiker erreiche, die Tribüne aber, die nur 3 Cent koste, erreiche die Arbeiter und darum müsse sie weg.

Duys-Zaardam trachtet, einen Vergleich zwischen den vom Erfurter Parteitag ausgeschlossenen „Jungen“ und den marxistischen Tribünen-Redakteuren zu konstruieren, wird hierbei und seiner persönlichen Ausfälle halber wiederholt unterbrochen, findet aber den Beifall der Versammlung, da er Unverhältnißlichkeit beobachtet wissen will und unbedingten Ausschluß fordert.

van der Waerden-Amsterdam V wendet sich speziell gegen Het Volk, das wütend aufspringt, wenn Kritik kommt und kein Wohlwollen kennt. Redner nennt das Kolportageverbot der Tribüne in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Rotterdam, wo Troelstra sprach, eine Schande. Troelstras Kammerreden über die Arbeitslosenfrage hätten viel Propagandistisches gehabt, von ihnen habe die Tribüne nichts gesagt, aber wohl, daß Troelstra kein Sozialdemokrat sei. Dies sei auch eine Schande. Zu Erfurt seien die Leute ausgeschlossen worden, weil sie geschrieben hätten, daß die Führer die Partei korrumpierten.

Troelstra (unterbrechend): Gewiß, und die Tribüne schrieb, die Kammerfraktion steuere bewußt nach einem Block mit den bürgerlichen Parteien, aber wage nicht, es ehrlich zu tun.

van der Waerden führt des weiteren gegenüber Duys die wirklichen Gründe des Ausschlusses zu Erfurt an und dringt bei den Tribünen-Redakteuren auf Aufhebung ihres Blattes im Parteiinteresse.

Frau Vos-Stel-Westereinden sagt, die Redaktion von Het Volk messe mit zwei Maßen. Wliegen sage zwar, daß in der praktischen Politik kein Unterschied bestehe, die Marxisten aber fänden verschiedene Parteitaten verkehrt. Rednerin führt als einen Beweis an die Kandidatur Schapers durch eine Abteilung des bürgerlichen freijüng-demokratischen Arbeiterverbands, allerdings im Verbands mit den sozialdemokratischen Abteilungen des Distrikts. Die Tatsache, daß jetzt ein neues Wochenblatt errichtet werden solle, beweise, daß etwas in der



# Sunlicht Seife

verbindet mit absoluter Unschädlichkeit und Schonung des Materials enorme Reinigungskraft. Die Dessins von Linoleum behalten die Frische der Farbe und die Oelanstriche bleiben wie neu. Daher verwende man auch für diese Zwecke nur Sunlicht Seife, welche in immer gleichbleibender Güte überall zu haben ist!



Partei nicht taugte. Zwei marxistische Redakteure blieben gegenüber fünf Revisionisten stets in der Minderheit. Trotzdem könne man versuchen, ob es doch gehe. Rednerin tritt mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf für die Bewahrung der Parteieinheit ein.

Der Vorsitzende Wliegen teilt mit, daß von den 198 Abteilungen der Partei 139 durch 178 Delegierte auf dem Parteitag vertreten sind.

Pfarrer Bakker-Zwolle (von der Wlde-Bereld-Gruppe) spricht gegen eine Verpflichtung zur Aufhebung der Tribüne, obwohl er in fast jeder Hinsicht Gegner der in der Tribüne veröffentlichten Ansichten ist. Auch bangt es Redner vor dem zu richtenden offiziellen Wochenblatt der Marxisten, besonders wenn diese den historischen Materialismus in denselben propagieren wollen. Trotzdem akzeptiert er das neue Organ, und zwar zur Bewahrung der Einheit, die jedoch mit dem drohenden Ausschluß der drei Tribünen-Redakteure in Frage gestellt wird. Man müsse aufpassen, daß sich keine zwei Parteioorganisationen bilden und solle die Tribüne den düren, ruhmlosen Tod sterben lassen.

Um 5½ Uhr vertagt sich der Parteitag bis 7½ Uhr abends.

#### Sonnabend-Abend-Sitzung.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung teilte der Vorsitzende Wliegen mit, daß sich noch 33 Redner zum Worte gemeldet haben. Sein Antrag zuerst Troelstra für die Kammerfraktion, dann van der Goes und danach der Tribünen-Redaktion das Wort zu verleihen, wird angenommen. — Letztere ist noch nicht im Saale anwesend, da sie mit einigen Gesinnungsgenossen eine Besprechung abhält; gewarnt, erscheint sie aber bald. In der Zwischenzeit singt der Parteitag das Freiheitslied.

P. T. Troelstra (Kammerfraktion) wollte erst nach den eingeschriebenen 33 übrigen Rednern das Wort nehmen, da er schon vorher in Reden und in Het Volk, sowie auf vorigen Parteitag die marxistische Kritik ausführlich besprochen habe. Von den Tribünen-Redakteuren, die hier als Angeklagte stehen, hatte Redner erwartet, daß sie auf die Anklagen sobald wie möglich antworten würden. Er habe die stille Hoffnung gehabt, daß das Verhalten der Tribünen-Redaktion auf dem Parteitag so sei, daß derselbe von der Pflicht, Recht zu sprechen, enthoben würde. Wer Redner kenne, wisse, daß er kein Verlangen nach der Spaltung der Partei habe, was auch die Tribünen-Redakteure gegen die Kammerfraktion und gegen ihn persönlich getan, er sei nicht unparteiisch gegen sie gesinnt. „Blieben diese aber widerständig und verharren sie in ihrem „Unwiderfuglich“, dann wird Redner im Widerstreit mit seinem Gefühl daran mitwirken, sie aus der Partei zu setzen, wegen ihrer Ablehnung gegen einen Parteitagbeschluss. Nie habe Redner gesagt, daß die drei Redakteure persönlich schlechte Menschen seien, er habe die Ueberzeugung, daß die Leute die holländische Sozialdemokratie nicht zerteilen, sondern sie stärker machen wollten. Er werde jedoch das Gefühl gegen diese Parteigenossen überwinden und im Interesse der Sache gegen sie auftreten.“

Auch vom Standpunkte der Marxisten sei es notwendig, daß die Tribüne aufgehoben werde; und er, als Redner der Kammerfraktion, will nicht nur die Beschwerden dieser besprechen, sondern auch jenes und weshalb die Partei, falls die Redakteure nicht beschließen, ihr Blatt aus sich selbst aufzugeben, das Recht und die Pflicht hat, die Redakteure aus den Reihen der Partei auszuschließen. Was ist der Charakter der Tribüne, was bedeutet sie für die Parteiorganisation? Die Verwahrlosung des guten Tones ist für Redner nur etwas Neuzerliches, weshalb er sich auch mit dem anfänglichen Auftreten des Parteivorstands nicht vereinigen konnte. Aber von der andern Seite ist nicht weniger gegen den guten Ton gesündigt worden. Das müsse man gegenseitig vertragen können, die Tribüne habe es hierin noch schuldig gemacht. (Schaper unterbrechend: Mach es nicht allzu schön!) Troelstra: Nein, ich will nur das Neuzerliche vom Kern der Sache trennen. Wiederholt wird seitens der Tribüne mit dem alten Sozialdemokratischen Bund ein Vergleich angestellt und mit Domela Nieuwenhuis. Der Vergleichspunkt aber ist: wir traten damals gegen Domela Nieuwenhuis auf, weil die Partei zugrunde ging. Man sah damals, daß man dem Anarchismus entgegengeführt wurde, was kein Sozialdemokrat zugeben durfte. Besonders van der Goes sah dies zuerst, später hat Redner den alten Bund verlassen.

Falls die Tribüne meint, daß auch die S. D. A. P. jetzt die Sozialdemokratie im Stiche lasse und es einen Kampf um Erhaltung dieser gelte, dann ist eine solche Auffassung eine berechtigte, die man niemand verübeln kann. Aber dann eins von beiden: Man erkennt wenigstens die Möglichkeit, daß sie Recht haben und dann läßt man zu, daß sie jahrelang den Kampf in der Partei führen, auf Kosten der Erlahmung der Partei. Dann tröstet man sich, daß dies der einzige Weg ist, die Partei vor dem Untergange zu bewahren. Oder aber, man ist der Ansicht, daß die S. D. A. P. Fehler hat, daß dann die Kritik erlaubt ist und Ursache hierfür besteht, besonders über die Tätigkeit, die mündlich und in plötzlich sich ergebenden Situationen geschehen muß, aber man ist überzeugt, daß die allgemeine Leitung der Partei sozialdemokratisch ist, daß wir diese vor der internationalen Sozialdemokratie verantworten können; dann ist die Kritik aber eine übel angebrachte, insofern dann die Partei in verschiedenen Punkten von ihr abweichen möge, was aber vor der Internationale zu verteidigen ist, von welcher sie ein Zweig ist. — Wenn die Tribünen in der Ansicht sind gefallen, daß wir die Sozialdemokratie dem Unter-

system ein Schlag versetzt war. Und da kommt ihr und behandelt in eurem Blatte euren Vorkämpfer wie ein Schulmeister einen bösen Jungen. (Beifall.) Das ist einer der vielen Fälle und dasselbe Tun wird fortgesetzt. Ihr verlangt völlige Freiheit der Kritik. Ihr meint die letzten übrig gebliebenen Kämpfer für den Marxismus zu sein, tut als ob die andern Marxisten (die Nieuwe-Lyd-Gruppe) ausgestrittene oder verführte Marxisten sind.

Nach dem Arnheimer Parteitag jubelt ihr, daß die Freiheit der Kritik wiedererobert sei. Aber es ist un wahr und nochmals unwahr, daß die Organe der Partei Euch nicht die Gelegenheit geben, darin zu schreiben. Man beschwert sich über die Unterschriften unter solchen Artikeln im Het Volk. Aber, hat die Mehrheit keine Freiheit der Kritik?

Nachdem Redner noch einige Fälle der Kritik angeführt, bespricht er die Kritik als solche und erklärt sich insofern mit den Redakteuren der Tribüne gleichgesinnt, daß die Taten der Partei nur durch die Anforderungen des Klassenkampfes beherrscht werden dürfen, wirft den Tribünen jedoch vor, daß sie selbst in ideologischen Begriffen reden, wie: „völlige Freiheit der Kritik“. Dies gehöre in einen anarchistischen Debattierklub, die könnten sie in der Partei nicht finden, sie hätten Rechnung mit dem Parteinteresse zu halten. Wenn Ihr Individualisten seid, dann geht aus der Partei, sagt Redner und fährt fort:

Jetzt ist der Zustand in der Partei der, daß die Marxisten sich bereit machen, durch das zu errichtende Wochenblatt ihre Prinzipien im Parteioorgan zu äußern. Das ist kein Vorrecht und keine Gunst; wir halten es im Interesse der Partei für nötig, daß sie ihre ihnen eigentümlichen Auffassungen in Zukunft in der Partei propagieren, und zwar auf eine Weise, die keinen Anstoß mehr erregt. Wir können nicht dulden, daß der Marxismus in Gegensatz zur Partei gestellt wird. Wir dürfen keine Mißverständnisse bestehen lassen; wir fassen die Vereinerklärung jener Genossen (Roland-Holt und Wibaut) zur Uebernahme der Wochenblatt-Redaktion so auf, daß sie mit dieser organisatorischen Tat zu erkennen geben: Wir glauben dasjenige zustande bringen zu können im organisatorischen Verstande der Partei, was der Marxismus von ihr fordert.

Redner begreift wohl, daß Wynkoop solches nicht akzeptiere. Sie wollen, sagt er, für den Marxismus, gegen uns, gegen die Partei kämpfen. Die andern Marxisten werden sich aber gewiß vornehmen, zu kämpfen, wenn sie bei ihrer Aufgabe in der Redaktion von Het Volk auf weitergehende Beschränkungen stoßen, als die Utrechter und Haarlemer Resolutionen ihnen auferlegen.

Ihr lähmt die Kampfeslust, sagt Redner, zu den Tribünen, und das Zusammenarbeiten. Und weshalb wollen sie den Marxismus gegen die Partei anführen? Weil die Partei immer mehr verbürgerliche. Man geht hiermit soweit, daß alles, was geschieht, für Verbürgerlichung angesehen wird. Betreffs der Kammerfraktion wird angenommen, daß diese bewußt nach einem Bloß mit den bürgerlichen Parteien hinsteuere, und überdies wolle sie das noch heimlich tun. Wenn das unsre Absicht ist, dann sind wir Verräter, und das kann die Kammerfraktion nicht auf sich ruhen lassen. Das soll und darf in der Partei nicht mehr von eigenen Parteigenossen gesagt werden. Redner fährt dann aus, daß man die Kammerfraktion nicht lehren brauche, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts und die Staatspensionierung auf der Machtbildung des Proletariats beruhen müsse. Aber sie müsse damit rechnen, wie sie diese Macht im Parlament ausbeuten könne. Und hier setze der eigentliche Unterschied im praktischen Auftreten zwischen ihr und den Tribünen ein, der in der Tat bestehe. Wir sind, sagt Redner, eine Minderheit und müssen also die proletarische Kraft auf die bürgerlichen Parteien Druck ausüben lassen. Unsrer Auffassung ist schon seit 1897, daß wir unser Ziel erreichen müssen, indem wir die bürgerlichen Parteien aufreiben und sie spalten. Das gelingt auch. Wir sind nun so weit, daß die Freisinnig-Demokraten und die Liberale Union für allgemeines Wahlrecht sind. Aber als die letztere einmal so weit gekommen war, benutzte die Tribüne diese Gelegenheit gerade, um zu zeigen, was man von ihr zu erwarten habe. Daß man den Arbeitern d Rat gibt, nicht einzuschlummern und ihre Macht zu verstärken, ist gut, und das tun wir alle, das ist sozialdemokratisch. Aber es ist Unsinn, aus dem Beschlusse der Liberalen Union abzuleiten, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Wenn man aber Notiz davon nimmt, was wir von den bürgerlichen Parteien erzielt haben, dann sieht die Sache anders aus. Während es mit dem Wahlrecht in Sachsen gerade verkehrt geht, schreibt Kawesteyn (in der Tribüne): Daß es dort jetzt gerade prächtig gehe. Wenn man das Erzielte so besteht, dann macht man aus den Arbeitern philosophische Proletarier. So kommt man zur Verneinung des Parlamentarismus.

Redner wirft den Tribünen vor, das Bedürfnis zu haben, in schroffer revolutionärer Energie zu schmelzen, ihr Einfluß sei größer als sie verdienten. Redner vergleicht verschiedene Bewegungen im Auslande mit dem Wahlrechtskampfe hierzulande, so auch den Wahlrechtskampf in Preußen und sagt, man passe da immer sorgfältig auf, der Bourgeoisie nicht in die Karten zu spielen. Als im Januar vorigen Jahres der Wahlrechtskampf ruhig verlaufen war, rühmte sich der Vorwärts dessen gegenüber der bürgerlichen Presse. Das geschieht nun im sozialistischen Berlin, im Lande mit seiner enormen Gewerkschaftsbewegung. Auch rühmt sich dort die Partei, keinen Generalkrieg für das allgemeine Wahlrecht proklamiert zu haben. Was ist ihr Zweck?

Die Tribünen-Vorwissen meinen, die Kammerfraktion strebe nach einem demokratischen Bloß mit den Bürgerparteien, das sei eine Mißdeutung. So stellten sie sich stets gegenüber der Partei. Sie müßten einsehen, daß sie mit ihrem Urteil über Partei und Parteigenossen eigentlich nicht mehr in die Partei gehörten. Sie seien bange, die Tribüne unter Parteigenjur zu stellen, wollten aber die Partei unter ihre Jenjur haben (Beifall); sie sollten die Partei loslassen, deren Ehre und Namen sie in Mißkredit zu bringen suchten. Redner erkennt, daß das Kolportageverbot der Tribüne in einer öffentlichen Parteiversammlung (wo Redner über die Arbeitslosen-debatta in der Kammer sprach) zu Rotterdam — von hinten befehen — mehr Schaden verursacht habe, als die Kolportage selbst. Die Tribünen-Marxisten seien an erster Stelle nur Kämpfer gegen die Partei und den Revisionismus. Sie isolierten die Partei von ihren parlamentarischen Vertretern, säten Mißtrauen, was verwüstende Wirkungen habe.

Die Schlussfolgerung, die Redner aus allem zieht, ist, daß die Angeklagten im Geiste bereits außerhalb der Partei ständen, sie müßten die Partei vor der peinlichen Notwendigkeit ihres Ausschlusses bewahren. Deren Beschluss, die Tribüne nicht aufzuheben, stehe fest, aber der Parteitag dürfe nicht tun, was manche Genossen wünschen, nämlich abwarten, was die Tribüne später tun werde. Jetzt sei der Augenblick gekommen, daß diese sich entscheide, ob sie noch zu erster Stunde tun wolle, was die Partei von ihr verlangt. Daß die Statuten der Partei sich gegen den Ausschluß widersetzen, ist eitel Juristerei, es sei kein Vergleich zu sagen, daß die Sozialdemokratie Pressefreiheit verlange, was dem Staate gegenüber gelte, in der Partei aber dürfe die Tribüne nicht bestehen bleiben und nur die Parteimitgliedschaft der Auszuschließenden werde angetastet. Damit solle zu erkennen gegeben werden, daß die Partei keine Versammlung von Gegensätzen sei, aber eine Einheit von Meinungen. Keine abweichenden Meinungen würden damit unterdrückt, was damit bewiesen werde, daß diesen Meinungen ein offizielles Parteiorgan gegeben werde. Man trete deshalb gegen die Tribüne auf, weil dieses Blatt der Kern einer Macht ins Leben zu rufen gegen wiederholte Parteibeschlüsse. Die Partei sei dies ihrer eigenen Würde und ihrer Ehre verpflichtet. „Wir haben euch“, sagt Redner (auf den Parteitag) zu Utrecht und Haarlem etwas zu glimpflich behandelt.“

Dr. Gorter ruft aus dem Zuschauerraum: „Eine katholische Kirche habt Ihr daraus gemacht.“ (Lärm und Zwist im Zuschauerraum.)

Troelstra: Wenn es einen gibt, der nach einem neuen Merkmalismus treibt, dann wäre das Gorter. (Lauter Beifall.) Ich rate euch, bleibt Herr im eigenen Haus, und wollen sie nicht folgen: dann hinaus! (Lang anhaltender Beifall, hier und da Pfeifen. Einige Minuten lang wird die Sitzung durch Lärm im Zuschauerraum unterbrochen.)

Der Vorsitzende droht, den Zuschauerraum räumen lassen zu wollen, wenn es nicht bald stiller werde.

Nach eingetretener Stille erhält das Wort:

van der Goes (Redakteur der wissenschaftlichen Monatschrift De Nieuwe Ljd). Redner erklärt, hier aufzutreten gegen den Ausschluß der Tribünen-Redakteure, und appelliert an den Gerechtigkeitsinn, daß man auch hören wolle, was von der andern Seite gesagt werde über die Sache. Er steht auf dem Standpunkt des Manifestes vom Parteivorstand (vor einigen Wochen herausgegeben), in welchem die Vorstandsmitglieder schrieben, das Mittel des Ausschlusses sei nicht mehr als ein Gewaltmittel. Aber, wird man sagen, nach der Konferenz vom 30. Dezember ist vieles verändert. Der Antrag zur Errichtung eines marxistischen Partei-Wochenblattes ist gekommen. Redner hält diesen Antrag für annehmbar, so auch Genossin Roland-Holt und Gen. Wibaut. In diesem Plan liegt etwas Ungewöhnliches, etwas Anormales. Wenn man sich aber an die Stelle der Tribünen-Redakteure versetzt, dann könne es nicht befremden, daß der Plan auf diese einen ganz andern Eindruck machen müsse. Als er zum erstenmal geäußert wurde, sprach die Tribünen-Redaktion sich wiederholt scharf dagegen aus. Das Wochenblatt dient ihr nicht als Äquivalent. Doch meint Redner, daß eine Probe damit zu machen sei, da seiner Ansicht nach die meisten leitenden Organe ernsthaft glauben, daß es ein Mittel sei, die zerrissene Einheit der Partei wiederherzustellen. Redner dankt Genossin Roland-Holt insbesondere, daß sie die Redaktion des Wochenblattes zu übernehmen sich bereit erklärt hat, obwohl sie hiermit vielleicht in Gegensatz zu den Genossen, mit denen sie viel enger verbunden ist und denen sie viel näher steht, als der Volk-Redaktion, zu stehen kommt.

Man tut nicht gut, die Tribünen-Redakteure auszustoßen, sagt Redner, obwohl er anerkennen muß, daß das Fortbestehen der Tribüne die Einheit der Partei bedroht. Aber der Ausschluß ist eine Tat des Unrechts, das sich immer selbst recht, besonders in einer demokratischen Partei. Man müsse den anormalen Zustand berücksichtigen, durch welchen die Tribüne entstanden ist, und zwar erst viel später, als ältere und sehr gemäßigte Genossen bereits 1895 die Gründung eines marxistischen Blattes beabsichtigt hatten. Redner hat von jenem Plan damals abgeraten, da ein solches Oppositionsblatt die Spaltung bringen müsse, da die Partei die prinzipiellen Besprechungen ihrer Taktik im Tageskampfe auf die Dauer nicht vertragen könne.

Auch die marxistischen Propagandisten werden durch den Revisionismus behindert in der Propaganda, und nicht allein die Kammerfraktion führe den Kampf, sondern auch die Propagandisten. Wäre die Mehrheit marxistisch und würde ein revisionistisches Blatt gegründet, das die Propaganda behindere,

das Verhalten der Tribünen-Redaktion auf dem Parteitag sei, daß derselbe von der Pflicht, Recht zu sprechen, entzogen würde. Wer Redner kenne, wisse, daß er kein Verlangen nach der Spaltung der Partei habe, was auch die Tribünen-Redakteure gegen die Kammerfraktion und gegen ihn persönlich getan, er sei nicht unparteiisch gegen sie gesinnt. „Blieben diese aber widersetzlich und verharteten sie in ihrem „Unwiderruflich“, dann wird Redner im Widerstreit mit seinem Gefühle daran mitwirken, sie aus der Partei zu setzen, wegen ihrer Ablehnung gegen einen Parteitagbeschuß. Nie habe Redner gesagt, daß die drei Redakteure persönlich schlechte Menschen seien, er habe die Ueberzeugung, daß die Leute die holländische Sozialdemokratie nicht zerteilen, sondern sie stärken machen wollten. Er werde jedoch das Gefühl gegen diese Parteigenossen überwinden und im Interesse der Sache gegen sie auftreten.“

Auch vom Standpunkte der Marxisten sei es notwendig, daß die Tribüne aufgehoben werde; und er, als Redner der Kammerfraktion, will nicht nur die Beschwerden dieser besprechen, sondern auch jenes und weshalb die Partei, falls die Redakteure nicht beschließen, ihr Blatt aus sich selbst aufzugeben, das Recht und die Pflicht hat, die Redakteure aus den Reihen der Partei auszuschließen. Was ist der Charakter der Tribüne, was bedeutet sie für die Parteiorganisation? Die Verwahrlosung des guten Tones ist für Redner nur etwas Neuerliches, weshalb er sich auch mit dem anfänglichen Auftreten des Parteivorstands nicht vereinigen konnte. Aber von der andern Seite ist nicht weniger gegen den guten Ton gesündigt worden. Das müsse man gegenseitig vertragen können, die Tribüne habe es hierin noch schädlich gemacht. (Schaper unterbrechend: Nach es nicht allzu schön!) Troelstra: Nein, ich will nur das Neuerliche vom Kern der Sache trennen. Wiederholt wird seitens der Tribüne mit dem alten Sozialdemokratischen Bund ein Vergleich angestellt und mit Domela Nieuwenhuis. Der Vergleichspunkt aber ist: wir traten damals gegen Domela Nieuwenhuis auf, weil die Partei zugrunde ging. Man sah damals, daß man dem Anarchismus entgegengesetzt wurde, was kein Sozialdemokrat zugeben durfte. Besonders van der Goes sah dies zuerst, später hat Redner den alten Bund verlassen.

Falls die Tribüne meint, daß auch die S. D. A. P. jetzt die Sozialdemokratie im Stiche lasse und es einen Kampf um Erhaltung dieser gelte, dann ist eine solche Auffassung eine berechtigte, die man niemand verübeln kann. Aber dann eins von beiden: Man erkennt wenigstens die Möglichkeit, daß sie Recht haben und dann läßt man zu, daß sie jahrelang den Kampf in der Partei führen, auf Kosten der Erlahmung der Partei. Dann tröstet man sich, daß dies der einzige Weg ist, die Partei vor dem Untergange zu bewahren. Oder aber, man ist der Ansicht, daß die S. D. A. P. Fehler hat, daß dann die Kritik erlaubt ist und Ursache hierfür besteht, besonders über die Tätigkeit, die mündlich und in plötzlich sich ergebenden Situationen geschehen muß, aber man ist überzeugt, daß die allgemeine Leitung der Partei sozialdemokratisch ist, daß wir diese vor der internationalen Sozialdemokratie verantworten können; dann ist die Kritik aber eine übel angebrachte, insofern dann die Partei in verschiedenen Punkten von ihr abweichen möge, was aber vor der Internationale zu verteidigen ist, von welcher sie ein Zweig ist. — Wenn die Tribünisten in der Ansicht sich gefallen, daß wir die Sozialdemokratie dem Untergang entgegenführen, dann stehen wir ihnen ebenso gegenüber. Wenn sie meinen, daß wir keine Einsicht in den Klassenkampf haben, dann sagen wir unsererseits, daß die Tribünisten keine Einsicht haben, was der Klassenkampf in Holland bedeutet. Das ist die Bedeutung der Tribüne, daß sie unverföhlich der S. D. A. P.-Taktik gegenüber steht, die diese geführt und weiter führen wird. Der Tribünestandpunkt ist, Macht in der Partei zu bekommen. Aber die Gruppe ist ein kleiner sektiererischer Klub und die Partei, die wir aufgebaut haben, würde mit ihrem Standpunkte auseinanderfallen. Wenn ihr bestehen bleibt, sagt Redner, dann muß das daraus erfolgen. Wir stehen unverföhlich einander gegenüber. Die Tatsachen sind von solcher Art, daß es nichts mehr in der Partei gibt, worüber ihr zufrieden seid. Wenn ihr, die immer so über Theorie und den Klassenkampf reden, die Arbeitslosenfrage in eurem Blatte besprochen hättet, dann hättet ihr mit eurer Disqualifikation wenigstens bis zum nächsten Kongreß der Partei gewartet und erst einmal die mit der Debatte erzielte Propaganda ruhig wirken lassen. Die christlichen Parteien begriffen sofort, daß die Aufmerksamkeit der Arbeiter von jener Tatsache

Redner begreift wohl, daß Bynkoop solches nicht akzeptiere. Sie wollen, sagt er, für den Marxismus, gegen uns, gegen die Partei kämpfen. Die andern Marxisten werden sich aber gewiß vornehmen, zu kämpfen, wenn sie bei ihrer Aufgabe in der Redaktion von Het Volk auf weitergehende Beschränkungen stoßen, als die Utrechter und Haarlemer Resolutionen ihnen auferlegen.

Ihr lähmt die Kampfeslust, sagt Redner, zu den Tribünisten, und das Zusammenarbeiten. Und weshalb wollen sie den Marxismus gegen die Partei auführen? Weil die Partei immer mehr verbürgerliche. Man geht hiermit soweit, daß alles, was geschieht, für Verbürgerlichung angesehen wird. Betreffs der Kammerfraktion wird angenommen, daß diese bewußt nach einem Bloß mit den bürgerlichen Parteien hinzieht, und überdies wolle sie das noch heimlich tun. Wenn das unsre Absicht ist, dann sind wir Verräter, und das kann die Kammerfraktion nicht auf sich ruhen lassen. Das soll und darf in der Partei nicht mehr von eigenen Parteigenossen gesagt werden. Redner führt dann aus, daß man die Kammerfraktion nicht lehren brauche, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts und die Staatspenionierung auf der Machtbildung des Proletariats beruhen müsse. Aber sie müsse damit rechnen, wie sie diese Macht im Parlament ausbeuten könne. Und hier sehe der eigentliche Unterschied im praktischen Auftreten zwischen ihr und den Tribünisten ein, der in der Tat bestehe. Wir sind, sagt Redner, eine Minderheit und müssen also die proletarische Kraft auf die bürgerlichen Parteien Druck ausüben lassen. Unsere Auffassung ist schon seit 1897, daß wir unser Ziel erreichen müssen, indem wir die bürgerlichen Parteien aufreiben und sie spalten. Das gelingt auch. Wir sind nun so weit, daß die Freisinnig-Demokraten und die Liberale Union für allgemeines Wahlrecht sind. Aber als die letztere einmal so weit gekommen war, benutzte die Tribüne diese Gelegenheit gerade, um zu zeigen, was man von ihr zu erwarten habe. Daß man den Arbeitern Rat gibt, nicht einzuschlummern und ihre Macht zu verstärken, ist gut, und das tun wir alle, das ist sozialdemokratisch. Aber es ist Unsinn, aus dem Beschlusse der Liberalen Union abzuleiten, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Wenn man aber Notiz davon nimmt, was wir von den bürgerlichen Parteien erzielt haben, dann sieht die Sache anders aus. Während es mit dem Wahlrecht in Sachsen gerade verkehrt geht, schreibt Rawesteyn (in der Tribüne): Daß es dort jetzt gerade prächtig gehe. Wenn man das Erzielte so besteht, dann macht man aus den Arbeitern philosophische Proletarier. So kommt man zur Verneinung des Parlamentarismus.

Redner wirft den Tribünisten vor, das Bedürfnis zu haben, in schroffer revolutionärer Energie zu schwelgen, ihr Einfluß sei größer als sie verdienen. Redner vergleicht verschiedene Bewegungen im Auslande mit dem Wahlrechtskampfe hierzulande, so auch den Wahlrechtskampf in Preußen und sagt, man passe da immer sorgfältig auf, der Bourgeoisie nicht in die Karten zu spielen. Als im Januar vorigen Jahres der Wahlrechtskampf ruhig verlaufen war, rühten sich der Vorwärts dessen gegenüber der bürgerlichen Presse. Das geschieht nun im sozialistischen Berlin, im Lande mit seiner enormen Gewerkschaftsbewegung. Auch rüht sich dort die Partei, keinen Generalstreik für das allgemeine Wahlrecht proklamiert zu haben. Mache ich ihr daraus einen Vorwurf? Ich denke zwar: wie ist so viel Selbstbeherrschung möglich, so viel Takt, bei so viel Unerbittlichkeit in der Theorie und Literatur? Aber die Genossen dort kennen ihr eigenes Land besser als wir. Vielleicht müßten die deutschen Genossen dieselbe Reserve auch einmal bei ihrem Urteil über ausländische Parteien beachten.

Gegenüber der Kritik führt Redner aus, daß diese auf verkehrter Grundlage beruhe. Hier sei erreicht, daß es in allen Parteien gäre, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei mit der Gewerkschaftsbewegung in ganzlichem Zusammenwirken für das Wahlrecht wirke; die Kammerfraktion habe ihren Wahlrechtsantrag mit der Erzielung der industriellen Demokratie, mit dem Sozialismus motiviert, die Kritiker wollten nicht, daß auf die Bourgeoisie eingewirkt werde; aber man könne nicht gegen die gesamte Bourgeoisie arbeiten; ob man wolle, daß nie mit dieser zur Erzielung des Wahlrechts zusammen gekämpft werde? Dann mache man den Wahlrechtskampf zu einem mit der Erreichung des sozialistischen Endzieles zusammenfallenden Kampfe, während er nur eine Episode in diesem Kampfe sein müsse. Ersteres sei nicht zu erreichen und man bringe damit die Arbeiter zur Ratlosigkeit.

„und Haarlem etwas zu glimpflich behandelt.“ Dr. Gorter ruft aus dem Zuschauerraum: „Eine katholische Kirche habt Ihr daraus gemacht.“ (Lärm und Zwist im Zuschauerraum.)

Troelstra: Wenn es einen gibt, der nach einem neuen Merikalismus treibt, dann wäre das Gorter. (Lauter Beifall.) Ich rate euch, bleibt Herr im eigenen Haus, und wollen sie nicht folgen: dann hinaus! (Lang anhaltender Beifall, hier und da Pfeifen. Einige Minuten lang wird die Sitzung durch Lärm im Zuschauerraum unterbrochen.)

Der Vorsitzende droht, den Zuschauerraum räumen lassen zu wollen, wenn es nicht bald stiller werde.

Nach eingetretener Stille erhält das Wort: van der Goes (Redakteur der wissenschaftlichen Monatschrift De Nieuwe Tijd). Redner erklärt, hier aufzutreten gegen den Ausschluß der Tribüne-Redakteure, und appelliert an den Gerechtigkeitssinn, daß man auch hören wolle, was von der andern Seite gesagt werde über die Sache. Er steht auf dem Standpunkt des Manifestes vom Parteivorstand (vor einigen Wochen herausgegeben), in welchem die Vorstandsmitglieder schreiben, das Mittel des Ausschlusses sei nicht mehr als ein Gewaltmittel. Aber, wird man sagen, nach der Konferenz vom 30. Dezember ist vieles verändert. Der Antrag zur Errichtung eines marxistischen Partei-Wochenblattes ist gekommen. Redner hält diesen Antrag für annehmbar, so auch Genossin Roland-Holst und Gen. Wibaut. In diesem Plan liegt etwas Ungewöhnliches, etwas Anormales. Wenn man sich aber an die Stelle der Tribüne-Redakteure versetze, dann könne es nicht befremden, daß der Plan auf diese einen ganz andern Eindruck machen müsse. Als er zum erstenmal geäußert wurde, sprach die Tribüne-Redaktion sich wiederholt scharf dagegen aus. Das Wochenblatt dient ihr nicht als Äquivalent. Doch meint Redner, daß eine Probe damit zu machen sei, da seiner Ansicht nach die meisten leitenden Organe ernsthaft glauben, daß es ein Mittel sei, die zerrissene Einheit der Partei wiederherzustellen. Redner dankt Genossin Roland-Holst insbesondere, daß sie die Redaktion des Wochenblattes zu übernehmen sich bereit erklärt hat, obwohl sie hiermit vielleicht in Gegensatz zu den Genossen, mit denen sie viel enger verbunden ist und denen sie viel näher steht, als der Volk-Redaktion, zu stehen kommt.

Man tut nicht gut, die Tribünen-Redakteure auszustoßen, sagt Redner, obwohl er anerkennen muß, daß das Fortbestehen der Tribüne die Einheit der Partei bedroht. Aber der Ausschluß ist eine Tat des Unrechts, das sich immer selbst recht, besonders in einer demokratischen Partei. Man müsse den anormalen Zustand berücksichtigen, durch welchen die Tribüne entstanden ist, und zwar erst viel später, als ältere und sehr gemäßigte Genossen bereits 1895 die Gründung eines marxistischen Blattes beabsichtigt hatten. Redner hat von jenem Plan damals abgeraten, da ein solches Oppositionsblatt die Spaltung bringen müsse, da die Partei die prinzipiellen Besprechungen ihrer Taktik im Tageskampfe auf die Dauer nicht vertragen könne.

Auch die marxistischen Propagandisten werden durch den Revisionismus behindert in der Propaganda, und nicht allein die Kammerfraktion führe den Kampf, sondern auch die Propagandisten. Wäre die Mehrheit marxistisch und würde ein revisionistisches Blatt gegründet, das die Propaganda behindere, dann würde Redner auch sagen, das ginge nicht länger.

Die meisten verlangten nach der Einheit der Partei, aber die freie Meinungsäußerung habe viel zu wünschen übrig gelassen, schon lange vor der Errichtung der Tribüne, seitdem man die abweichende Meinungsäußerung nicht prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, sondern einem Interesse von Personen zuschrieb, z. B. durch die törichte Utrechter Resolution, worin die Kritik als „systematische“ gekennzeichnet wird. Mit Benutzung dieser wurde die Masse der Partei gegen die Marxisten aufgehetzt. Der Utrechter Parteitag hatte Genossin Roland-Holst als Mitarbeiterin von Het Volk angewiesen, aber die Redaktion machte ihr dies sofort unmöglich und warf ihr, als sie eine Frage der auswärtigen Politik in einem Artikel behandelte, vor, „ihr Urteil entbehre jedes Werts, weil sie in einer eigentümlichen Verblendung wandle“. Redner selbst, der sich eine abweichende Meinung betreffs der Krankenversicherung erlaubte, wurde von der Redaktion und von Troelstra signalisiert, als verdächtig. Wenn man so schreibt, darf man nicht behaupten, die volle Freiheit der Meinungsäußerung zu gewähren. (Beifall.) Persönlich nehmen die Kritiker dies nicht so tragisch, aber die Richtung Redners kann nicht zugeben, daß die Masse

# Eine Wohltat

Ein 10 Pfg.-Paket reicht für etwa 20 Tassen!

für jeden, der angestrengt arbeitet, ist ein gesundes Hausgetränk. Kathreiners Malzkaffee ist bekömmlich, von würzig kräftigem Wohlgeschmack und kostet wenig.

Nur echt in geschloss. Paketen mit Bild des Pfarrer Aneipp.

**Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.**

Ueber Beginn und Ergebnis des Parteitags, der zu Deventer am 13. und 14. Februar tagte, haben wir in der Nr. 40 vom 17. Februar berichtet. Wegen der verhängnisvollen Folgen, die der Parteitag für die Arbeiterbewegung Hollands schon gehabt hat und bei der großen Bedeutung, die sein Beschluß deshalb auch für die Sozialdemokratie außerhalb Hollands gewinnt, tragen wir hier nun aus dem ausführlichen Verhandlungsbericht die wesentlichsten Stellen nach.

Nach den Eröffnungsformalitäten und der Begrüßungsansprache nahm als Vertreter des Parteivorstandes zunächst das Wort

Genosse **W. Liegen**: Niemand denke daran, die Redefreiheit in der Partei zu beschränken, auch die verschiedenen Resolutionen voriger Parteitage nicht. Wenn aber das Auftreten einer Gruppe in der Partei zu Verhältnissen führe wie die jetzigen, dann sei das Bestehen der Partei in Frage gestellt. Wliegen bestreitet, daß zwischen der Parteimehrheit und den Marxisten prinzipielle Meinungsverschiedenheiten beständen, die zur Spaltung nötigten. Wäre es wahr, daß die Partei durch den Revisionismus auf andere Bahnen als früher gebracht worden sei, im Gegensatz zu den anderen internationalen Parteien, dann müßte dies mit Tatsachen bewiesen werden können, was nach Redners Meinung noch nie geschehen sei. Die holländische Partei stehe auf genau denselben Grundlagen als die Parteien in anderen Ländern. Der Unterschied bestehe in theoretischer Einsicht in den gesellschaftlichen Tatsachen. Theorie und Praxis müßten in der Partei jedoch vereinigt sein. Nie habe man die Marxisten aus der Partei werfen wollen. Der Wert des Parlamentarismus werde verschiedenes abgeschätzt, aber komme man zu Taten, dann stehe man auch hierin auf gleichem Standpunkt. In der Konferenz vom 31. Januar war die größte Beschwerde der marxistischen Teilnehmer, daß sie in ihrer freien Meinungsäußerung behindert würden, sie hätten das Gefühl der Unterdrückung. Nie, außer in der „Tribüne“, sei gesagt, daß die Taktik verkehrt sei. — Infolge dieser Erwägungen kam der Antrag des Parteivorstandes, ein Wochenblatt als Beilage zu „Het Volk“ unter Redaktion von Marxisten, wozu Herr. Roland-Holst und H. M. Wibaut ausersehen wurden, herauszugeben. Dieses Wochenblatt müsse dem „Het Volk“ angegliedert werden, damit die Marxisten alle Leser von „Het Volk“ erreichen könnten, was die „Tribüne“ nicht könne. Ein gewisses gemeinschaftliches Zusammenwirken mit „Het Volk“ sei nötig, ein selbständiges Wochenblatt aber nicht richtig und nicht gut. Nur unter eigener Verantwortlichkeit könne die Partei dieses herausgeben. Ein besonderes Wochenblatt würde als ein Organ angesehen werden, das die ganze Parteimeinung wiedergebe, und das sei nicht der Fall. Die Folge der Errichtung des Wochenblattes müsse die Aufhebung der „Tribüne“ sein, das müsse feststehen. Das Weiterbestehen der „Tribüne“ würde jeden guten Einfluß des Wochenblattes und jedes gute Zusammenwirken verhindern. Mit Parteigenossen, wie die „Tribüne“-Redakteure, sei nicht zusammen zu arbeiten. Der ganze Parteivorstand sei der Ansicht, daß die „Tribüne“ verschwinden müsse. Gegen einen Antrag der Abteilung Bussum, der Aufhebung nach einem Jahre wünscht, sagt der Redner, das gehe nicht, er verlangt sofortige Aufhebung. Das Wochenblatt und die „Tribüne“ zugleich sei eine Unmöglichkeit.

Dann spricht Genosse **Selsdingen**, Mitglied der Kammerfraktion, als Vertreter einer der vier Abteilungen im Parteivorstande. Er wendet sich gegen die Errichtung eines Wochenblattes, in welchem er eine Belohnung der Untugenden der „Tribüne“ sieht. Dieser Vermittlungsvorschlag müsse fehlschlagen, da er nur diene, die Marxisten zufrieden zu stellen. Redner weist auf die Gefahr hin, daß viele Marxisten, selbst Abteilungen der Partei, diese verlassen würden, falls die „Tribüne“-Redakteure ausgeschlossen würden. Er will die Marxisten in der Partei behalten, aber verlangt, daß sie die „Tribüne“ fallen lassen und auch auf das Wochenblatt verzichten.

Als Vertreter einer zweiten, der marxistischen Minderheit im Parteivorstand spricht Genosse **Mendels**. Mit der Kleinmöglichen Mehrheit habe der Parteivorstand sich für Ausschluß der drei „Tribüne“-Redakteure ausgesprochen. Bitterkeit war in die Meinungsverschiedenheiten gekommen und Verwirrung in den Ton. Hauptfrage wurde da für den Parteivorstand — und Troelstra besonders stellte dies in den Vordergrund — eine Basis zu finden, wie die verschiedenen Parteirichtungen zusammenarbeiten könnten. Da wurde im Parteivorstand der unvorhergesehene Antrag zur Errichtung des Wochenblattes gestellt, der, oberflächlich besehen, vielen eine gute Grundlage erschien. Sollte der Parteitag nun eine Vorbedingung an die Errichtung des Wochenblattes knüpfen, welche die organisatorische Einheit wieder in Gefahr bringe? Wenn der Parteitag die Verständigung wolle, dann keinen Ausschluß von Genossen! Die Meinungsunterschiede seien nicht so

praktischen Politik kein Unterschied bestehe, die Marxisten fänden aber verschiedene Handlungen der Partei für verkehrt. Die zwei marxistischen Redakteure des „Wochenblatt“ seien gegen die Revisionisten vom „Het Volk“ stets in der Minderheit. Trotzdem könne man versuchen, ob es gehe. Redner tritt mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf für die Bewahrung der Parteieinheit ein.

Der Vorsitzende **Wliegen** teilt mit, daß von den 198 Abteilungen der Partei 139 durch 178 Delegierte auf dem Parteitag vertreten sind.

**Pfarrer Bakker-Zwolle** (von der „Nijde Wereld“-Gruppe) spricht gegen eine Verpflichtung zur Aufhebung der „Tribüne“, obwohl er in fast jeder Hinsicht Gegner der in der „Tribüne“ geäußerten Ansichten sei. Auch bange es ihm vor dem zu errichtenden offiziellen Wochenblatte der Marxisten, besonders wenn dies den historischen Materialismus darin propagieren wolle. Trotzdem akzeptiert er das neue Organ und zwar zur Bewahrung der Einheit, die jedoch mit dem drohenden Ausschluß der drei „Tribüne“-Redakteure in Frage gestellt werde. Man müsse aufpassen, daß sich keine zwei Parteioorganisationen bilden und solle die „Tribüne“ einen ruhmlosen Tod sterben lassen.

**H. J. Troelstra**, Vertreter der Kammerfraktion: Er habe die stille Hoffnung gehabt, daß das Verhalten der „Tribüne“-Redaktion auf dem Parteitage so sei, daß er der Pflicht, Recht zu sprechen, enthoben würde. Er wüßte die Spaltung der Partei nicht, was auch die „Tribüne“-Redakteure gegen die Kammerfraktion und gegen ihn persönlich getan, er sei nicht ungenossenschaftlich gegen sie gefühlt. Nie habe er gesagt, daß die drei Redakteure persönlich schlechte Menschen seien. Er habe die Ueberzeugung, daß sie die holländische Sozialdemokratie nicht spalten, sondern stärken wollen. Wlieben sie aber auf ihrem Standpunkte stehen und verharren sie auf ihrem „Unwiderruflich“, dann werde er im Widerstreit mit seinem Gefühl daran mitwirken, sie aus der Partei auszuschließen wegen ihrer Auflehnung gegen einen Parteitagebeschuß.

Was sei der Charakter der „Tribüne“ und was bedeutet sie für die Parteioorganisation? Die Verwahrlosung des Tones sei für ihn nur etwas Außerliches, weshalb er sich auch mit dem anfänglichen Auftreten des Parteivorstandes nicht einverstanden erklären konnte. Aber von der anderen Seite sei nicht weniger gegen den guten Ton gesündigt worden. Das müsse man gegenseitig vertragen können, die „Tribüne“ habe es darin noch schäblich gemacht.

**Schaper** (unterbrechend): Nach es nicht allzu schön.

**Troelstra** (fortfahrend): Nein, ich will nur das Außerliche vom Kern der Sache trennen. Wiederholt wurden von der „Tribüne“ die Partei mit dem alten „Sozialdemokratischen Bund“ und die Führer mit Domela Nieuwenhuis verglichen. Damals sah man, daß man dem Anarchismus entgegengeführt wurde, was kein Sozialdemokrat zugeben durfte. Falls die „Tribüne“ meint, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei jetzt die Sozialdemokratie im Stiche lasse, daß wir sie dem Untergange entgegenführen, dann stehen wir ihnen ebenso gegenüber. Wenn sie meinen, daß wir keine Einsicht in den Klassenkampf haben, dann sagen wir, daß die „Tribüne“-Anhänger keine Einsicht haben, was der Klassenkampf in Holland bedeutet. Wir stehen unerbötlich einander gegenüber. Die Tatsachen sind derart, daß nichts mehr in der Partei ist, womit Ihr zufrieden seid. Wenn Ihr die Arbeitslosenabende in Eurem Blatte besprechen wolltet, dann hättet Ihr mit Eurer Disqualifikation wenigstens bis zum nächsten Kongreß der Partei warten und erst einmal die mit der Debatte erzielte Propaganda ruhig wirken lassen sollen. Die christlichen Parteien begriffen sofort, daß die Aufmerksamkeit der Arbeiter von jener Tatsache in der Kammer abgelenkt werden müsse, da in der Kammer dem Systeme ein Schlag beigebracht war. Und da kommt Ihr und besetzt in dem Maße Euren Vorkämpfer wie ein Schulmeister einen bösen Jungen. (Beifall.)

Es ist un wahr und nochmals un wahr, daß die Organe der Partei Euch nicht Gelegenheit geben, darin zu schreiben. Man beschränkt sich über die Nachschriften zu solchen Artikeln im „Het Volk“. Aber hat die Mehrheit keine Freiheit der Kritik!

Einverstanden bin ich mit den Redakteuren der „Tribüne“ darin, daß die Handlungen der Partei nur den Anforderungen des Klassenkampfes angepaßt werden müssen. Aber wenn die Tribünisten „böllige Freiheit der Kritik“ verlangten, so müsse er sagen, das gehe schon in einem anarchistischen Debattierklub, nicht aber in der Partei. Sie hätten dem Parteinteresse Rechnung zu tragen. Wenn Sie Individualisten seien, dann hätten sie aus der Partei zu gehen. Jetzt sei der Zustand in der Partei der, daß die Marxisten sich bereit erklärt haben, vermittelt des zu errichtenden Wochenblattes ihre Prinzipien im Parteiorgan zu vertreten. Das sei kein Vorrecht und keine Gunst, er halte es im Interesse der Partei für nötig, daß sie ihre ihnen eigentümlichen Auffassungen in Zukunft in der Partei propagierten und zwar auf eine Weise, die keinen Anstoß mehr erzeuge. Der Vorstand könne nicht dulden, daß der Marxismus in Gegensatz zur Partei gestellt werde. Wenn die Genossen Roland-Holst und Wibaut zur Uebernahme der Wochenblattredaktion bereit seien, so geben wir zu: wir glauben das zustande bringen zu können im Organisationsverbande der Partei, was der Marxismus nun ihr fordert. Sie werden sich gewiß vornehmen

ruhmlich die Partei, keinen Generalstreik für das allgemeine Wahlrecht proklamiert zu haben. Mache ich ihr damit einen Vorwurf? Ich denke zwar: wie ist so viel Selbstbeherrschung möglich, so viel Takt bei so viel Unerbittlichkeit in der Theorie und in der Literatur? Aber die Genossen dort kennen ihr eigenes Land besser als wir. Vielleicht müßten die deutschen Genossen dieselbe Reflexe auch einmal bei ihrem Urteil über ausländische Parteien beachten.

In Holland sei erreicht, daß es in allen Parteien gäre, daß die S. D. A. P. mit der Gewerkschaftsbewegung in einem Zusammenhang für das Wahlrecht wirke. Die Kritiker wollten, daß auf die Bourgeoisie eingewirkt werde. Aber man könne nicht gegen die gesamte Bourgeoisie arbeiten. Ob man wolle, daß nie mit ihr zur Erzielung des Wahlrechts zusammengekämpft werde? Dann mache man den Wahlrechtskampf zu einem mit der Erreichung des sozialistischen Endzieles zusammenfallenden Kampf, während er nur eine Episode in diesem Kampf sein müsse. Ersteres sei nicht zu erreichen und man bringe damit die Arbeiter zur Autoaktivität.

Die Tribüne-Marxisten meinten, die Kammerfraktion strebe nach einem demokratischen Block mit den Bürgerparteien. Das sei eine Mißdeutung. Sie müßten einsehen, daß sie mit ihrem Urteil über Partei und Parteigenossen eigentlich nicht mehr in die Partei gehörten. Sie seien bange, die „Tribüne“ unter Parteizensur zu stellen, wollten aber die Partei unter ihre Zensur haben. (Beifall.) Sie sollen die Partei verlassen, deren Ehre und Namen sie in Mißkredit zu bringen suchten. Das Kolportageverbot der „Tribüne“ in einer öffentlichen Parteiversammlung zu Rotterdam (wo Redner über die Arbeitslosenabende in der Kammer sprach) habe mehr Schaden verursacht als die „Tribüne“ selbst. Die „Tribüne“-Marxisten seien an erster Stelle nur Kämpfer gegen die Partei und den Revisionismus. Sie isolierten die Partei von ihren parlamentarischen Vertretern, säeten Mißtrauen, was verwüstende Wirkung habe.

Die Schlußfolgerung, die Redner aus allem zieht, ist, daß die Angeklagten im Geiste bereits außerhalb der Partei ständen; sie müßten die Partei vor der peinlichen Notwendigkeit ihres Ausschlusses bewahren. Ihr Beschluß, die „Tribüne“ nicht aufzuheben, stehe fest, aber der Parteitag dürfe nicht tun, was manche Genossen wünschen, nämlich abwarten, was die „Tribüne“ später tun werde. Jetzt sei der Augenblick gekommen, daß die Tribünisten sich entscheiden, ob sie noch in erster Stunde tun wollen, was die Partei von ihnen verlangt. Daß die Statuten der Partei gegen den Ausschluß sprächen, sei eitel Juristerei. Es sei verfehlt, gegen den Antrag zu sagen, daß die Sozialdemokratie Pressefreiheit verlange; das gelte dem Staate gegenüber, in der Partei aber dürfe die „Tribüne“ nicht bestehen bleiben und nur die Parteimitgliedschaft der Auszuschließenden werde angetastet. Damit solle zu erkennen gegeben werden, daß die Partei keine Versammlung von Gegenseiten sei, aber eine Einheit von Meinungen. Abweichende Meinungen würden damit nicht unterdrückt, was damit bewiesen werde, daß diesen Meinungen ein offizielles Parteiwochenblatt gegeben werde. Wenn man gegen die „Tribüne“ aufrete, tue man das zugleich, weil dieses Blatt der Kern einer Partei in der Partei sei, mit dem ausgesprochenen Zwecke, eine Macht ins Leben zu rufen gegen wiederholte Parteibeschlüsse. Die Partei ist die Maßregel ihrer eigenen Würde und Ehre schuldig. Wir haben Euch, schließt der Redner zu den Tribünisten gewendet, zu Utrecht und Harlem auf den Parteitagen etwas zu glimpflich behandelt.

**Dr. Gorter** ruft aus dem Zuschauerraum: „Eine katholische Kirche habt Ihr aus der Partei gemacht!“ (Lärm und Widerspruch im Zuschauerraum.)

**Troelstra**: Wenn es einen gibt, der nach einem neuen Merkmalismus flüchtet, dann wäre das Gorter. (Lärm und Beifall.) Ich rate Euch, bleibt Herr in euren Haus, und wollen sie nicht folgen, dann hinaus! (Langanhaltender Beifall, hier und da Pfeifen. Eine Minute lang wird die Sitzung durch Lärm im Zuschauerraum unterbrochen.)

(Fortsetzung folgt.)

**Gerichts-Zeitung.**

Messenger-Boh und Postregal.

Ein interessanter Streit der Postverwaltung mit dem Institut der Messenger-Bohs beschäftigte gestern die Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Zuwiderhandlung gegen das Reichspostgesetz vom 28. Oktober 1871 und die Novelle vom 20. Dezember 1899 hatten sich der Direktor der „Berlin Messenger-Boh Company“, **H. Hoffmann** und der Stationsleiter **Maximilian Guichard** zu verantworten. Der Verstoß gegen das Postregal wurde darin gefunden, daß in der von dem zweiten Angeklagten geleiteten Station verschlossene Briefe befördert worden sind. Es stand somit zur Entscheidung, ob die Beförderung von Briefen mit geschlossenem Briefumschlag durch die Messenger-Bohs verboten ist. Das wäre der Fall, wenn das Institut als ein „Beförderungsinstitut“ im postalischen Sinne anzusehen ist. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte die letztere Frage verneint und die beiden Angeklagten freige-

Wesche der margistischen Teilnehmer, dass sie in ihrer freien Meinungsäußerung behindert würden, sie hatten das Gefühl der Unterdrückung. Wie, außer in der „Tribüne“, sei gesagt, daß die Taktik verfehlt sei. — Infolge dieser Erwägungen kam der Antrag des Parteivorstandes, ein Wochenblatt als Beilage zu „Het Volk“ unter Redaktion von Margisten, wozu Herr Roland-Holst und F. M. Wibaut aussersehen wurden, herauszugeben. Dieses Wochenblatt müsse dem „Het Volk“ angegliedert werden, damit die Margisten alle Leser von „Het Volk“ erreichen könnten, was die „Tribüne“ nicht könne. Ein gewisses gemeinschaftliches Zusammenwirken mit „Het Volk“ sei nötig, ein selbständiges Wochenblatt aber nicht richtig und nicht gut. Nur unter eigener Verantwortlichkeit könne die Partei dieses herausgeben. Ein besonderes Wochenblatt würde als ein Organ angesehen werden, das die ganze Parteimeinung wiedergebe, und das sei nicht der Fall. Die Folge der Errichtung des Wochenblattes müsse die Aufhebung der „Tribüne“ sein, das müsse feststehen. Das Weiterbestehen der „Tribüne“ würde jeden guten Einfluß des Wochenblattes und jedes gute Zusammenwirken verhindern. Mit Parteigenossen, wie die „Tribüne“-Redakteure, sei nicht zusammen zu arbeiten. Der ganze Parteivorstand sei der Ansicht, daß die „Tribüne“ verschwinden müsse. Gegen einen Antrag der Abteilung Bussum, der Aufhebung nach einem Jahre wünscht, sagt der Redner, das gehe nicht, er verlangt sofortige Aufhebung. Das Wochenblatt und die „Tribüne“ zugleich sei eine Unmöglichkeit.

Dann spricht Genosse Selodigen. Mitglied der Kammerfraktion, als Vertreter einer der Fraktionen in Parteivorstande. Er wendet sich gegen die Errichtung eines Wochenblattes, in welchem er eine Belohnung der Untugenden der „Tribüne“ sieht. Dieser Vermittlungsvorschlag müsse fehlschlagen, da er nur diene, die Margisten zufrieden zu stellen. Redner weist auf die Gefahr hin, daß viele Margisten, selbst Abteilungen der Partei, diese verlassen würden, falls die „Tribüne“-Redakteure ausgeschlossen würden. Er will die Margisten in der Partei behalten, aber verlangt, daß sie die „Tribüne“ fallen lassen und auch auf das Wochenblatt verzichten.

Als Vertreter einer zweiten, der margistischen Minderheit im Parteivorstand spricht Genosse Mendels. Mit der kleinstmöglichen Mehrheit habe der Parteivorstand sich für Ausschluß der drei „Tribüne“-Redakteure ausgesprochen. Bitterkeit war in die Meinungsverschiedenheiten gekommen und Verwirrung in den Ton. Hauptsache wurde da für den Parteivorstand — und Troelstra besonders stellte dies in den Vordergrund — eine Basis zu finden, wie die verschiedenen Parteirichtungen zusammenarbeiten könnten. Da wurde im Parteivorstand der unvorhergesehene Antrag zur Errichtung des Wochenblattes gestellt, der, oberflächlich besehen, vielen eine gute Grundlage erschien. Sollte der Parteitag nun eine Vorbedingung an die Errichtung des Wochenblattes knüpfen, welche die organisatorische Einheit wieder in Gefahr bringe? Wenn der Parteitag die Verständigung wolle, dann keinen Ausschluß von Genossen! Die Meinungsunterschiede seien nicht so erschreckend, daß sie auf eine Weise, wie sie in der „Tribüne“ zum Ausdruck kamen, besprochen werden müßten. Es sei eine Frage, ob eine sozialdemokratische Partei das Recht habe, ein einzelnen Genossen gehöriges Blatt zu verbieten und diese auszuschließen, nicht auf Grund dessen, was geschrieben sei, sondern was noch geschrieben werden würde. Der Parteivorstand habe mit seinem jetzigen Antrag gänzlich seinen Standpunkt geändert. So sagte der Parteivorstand Bliegen noch zu Arnheim, er lasse sich von niemandem verbieten zu schreiben was und wo er wolle. Anfangs wollte der Parteivorstand die „Tribüne“-Redakteure nur auf Grund einer eventuellen Übertretung der von ihnen abgegebenen Erklärung aus der Partei ausschließen, jetzt beantrage er den Ausschluß bei Nichtaufhebung der „Tribüne“. Redner weist auf das Bestehen von Blättern und Zeitschriften, die von der Meinung der Parteimehrheit abweichen, im Auslande hin und warnt eindringlich vor dem Ausschluß.

Fortuyn (Amsterdam 2): Die Parteistatuten enthielten keinerlei Bestimmung, die „Tribüne“ zu verbieten. Das Programm aber fordere volle Freiheit der Meinungsäußerung. „Ihr dürft“, ruft er den Abgeordneten zu, „Parteigenossen den Mund nicht schließen, weil ihr deren Kritik fürchtet“. „De Vlyde Wereld“ (das Blatt der sozialdemokratischen Pfarrer) sei für Redner ein stetes Apdrücken, deshalb wolle er aber doch nicht diese Gruppe ausschließen. Die wissenschaftliche Monatschrift „De Nieuwe Ehd“ wolle man behalten, da sie nur 600 Akademiker erreiche, die „Tribüne“ aber, die nur 3 Cent koste, erreiche die Arbeiter und darum solle sie weg.

Duis = Zaandam vergleicht die „Tribüne“-Redakteure mit den den Erfurter Parteitag ausgeschlossenen „Jungen“, wird wegen persönlicher Ausfälle wiederholt unterbrochen, findet aber den Beifall der Mehrheit. Er fordert bedingungslos Ausschluß.

Van der Waerden = Amsterdam 5 wandte sich speziell gegen „Het Volk“, das während anfuhr, wenn Kritik geübt werde, und kein Wohlwollen kenne. Das Verbot, die „Tribüne“ in einer sozialdemokratischen Versammlung, wo Troelstra sprach, zu importieren, sei eine Schande. Zu Erfurt seien die Leute ausgeschlossen worden, weil sie geschrieben hätten, daß die Führer die Partei korrumpierten.

Troelstra (unterbrechend): Gewiß, und die „Tribüne“ schrieb, die Kammerfraktion steuere bewußt nach einem Bloß mit den bürgerlichen Parteien, wage es aber nicht, ehrlich zuzugestehen.

Van der Waerden ermahnt zum Schluß die „Tribüne“-Redakteure im Parteinteresse, ihr Blatt aufzugeben.

Frau Vos = Stel = Westeren: Die Redaktion von „Het Volk“ messe mit zwei Nageln. Bliegen sage zwar, daß in der

Aber von der anderen Seite sei nicht weniger gegen den guten Ton gesündigt worden. Das müsse man gegenseitig vertragen können, die „Tribüne“ habe es darin noch schuldig gemacht.

Chaper (unterbrechend): Mach' es nicht allzu schön.

Troelstra (fortfahrend): Nein, ich will nur das äußerliche vom Kern der Sache trennen. Wiederholt wurden von der „Tribüne“ die Partei mit dem alten „Sozialdemokratischen Bund“ und die Führer mit Domela Nieuwenhuis verglichen. Damals sah man, daß man dem Anarchismus entgegengeführt wurde, was kein Sozialdemokrat zugeben durfte. Falls die „Tribüne“ meint, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei jetzt die Sozialdemokratie im Stiche lasse, daß wir sie dem Untergange entgegenführen, dann stehen wir ihnen ebenso gegenüber. Wenn sie meinen, daß wir keine Einsicht in den Klassenkampf haben, dann sagen wir, daß die „Tribüne“-Anhänger keine Einsicht haben, was der Klassenkampf in Holland bedeutet. Wir stehen unerbötlich einander gegenüber. Die Tatsachen sind derart, daß nichts mehr in der Partei ist, womit ihr zufrieden seid. Wenn ihr die Arbeitslosenfrage in Eurem Blatte besprechen wolltet, dann hättet ihr mit Eurer Disqualifikation wenigstens bis zum nächsten Kongreß der Partei warten und erst einmal die mit der Debatte erzielte Propaganda wirkig wirken lassen sollen. Die christlichen Parteien begriffen sofort, daß die Aufmerksamkeit der Arbeiter von jener Tatsache in der Kammer abgelenkt werden müsse, da in der Kammer dem Schisme ein Schlag beigebracht war. Und da kommt ihr und behauptet, daß die Partei einen Vorläufer wie ein Schulmeister einen bösen Jungen. (Beifall.)

Es ist unwar und nochmals unwahr, daß die Organe der Partei Euch nicht Gelegenheit geben, darin zu schreiben. Man beschwert sich über die Nachschriften zu solchen Artikeln im „Het Volk“. Aber hat die Mehrheit keine Freiheit der Kritik!

Einverständnis bin ich mit den Redakteuren der „Tribüne“ darin, daß die Handlungen der Partei nur den Anforderungen des Klassenkampfes angepaßt werden müssen. Aber wenn die Tribünisten „böllige Freiheit der Kritik“ verlangten, so müsse er sagen, das gehe schon in einem anarchistischen Debattierklub, nicht aber in der Partei. Sie hätten dem Parteinteresse Rechnung zu tragen. Wenn Sie Individualisten seien, dann hätten sie aus der Partei zu gehen.

Jetzt sei der Zustand in der Partei der, daß die Margisten sich bereit erklärt haben, vermittelt des zu errichtenden Wochenblattes ihre Prinzipien im Parteiorgan zu vertreten. Das sei kein Vorrecht und keine Gunst, er halte es im Interesse der Partei für nötig, daß sie ihre ihnen eigentlichen Auffassungen in Zukunft in der Partei propagierten und zwar auf eine Weise, die keinen Anstoß mehr erzeuge. Der Vorstand könne nicht dulden, daß der Margismus in Gegensatz zur Partei gestellt werde. Wenn die Genossen Roland-Holst und Wibaut zur Uebernahme der Wochenblattredaktion bereit seien, so geben wir zu: wir glauben das zustande bringen zu können im Organisationsverbande der Partei, was der Margismus von ihr fordert. Sie werden sich gewiß vornehmen zu kämpfen, wenn sie bei ihrer Aufgabe in der Redaktion von „Het Volk“ auf weitergehende Beschränkungen stoßen, als die Utrechter und Harlemer Resolutionen ihnen auferlegen. Die Tribünisten lähmten die Kampfeslust und machten das Zusammenarbeiten unmöglich. Und weshalb wollten sie den Margismus gegen die Partei anführen? Weil die Partei immer mehr verbürgerliche. Man sehe alles was geschieht, für Verbürgerlichung an. Von der Kammerfraktion ward behauptet, daß sie bewußt nach einem Bloß mit den bürgerlichen Parteien hinsteuere und überdies noch danach trachte das heimlich zu tun. Wenn das unsere Absicht ist, fährt der Redner fort, dann sind wir Verräter und das kann die Kammerfraktion nicht auf sich ruhen lassen. Das soll und darf nicht mehr in der Partei von eigenen Parteigenossen gesagt werden. Man brauche die Kammerfraktion nicht zu lehren, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts und die Altersversicherung der Arbeiter auf der Macht des Proletariats beruhen müsse. Aber sie müsse sehen, wie sie diese Macht im Parlament ausbeuten könne. Und hier setzte der eigentliche Unterschied im praktischen Auftreten zwischen ihr und den Tribünisten ein. Wir sind, sagt Redner, eine Minderheit und müssen also die proletarische Kraft auf die bürgerlichen Parteien einen Druck ausüben lassen. Unsere Auffassung ist schon seit 1897, daß wir unser Ziel erreichen müssen, indem wir die bürgerlichen Parteien aufspalten und sie spalten. Das gelingt auch. Wir sind so weit, daß die freisinnig-Demokraten und die liberale Union für das allgemeine Wahlrecht sind. Aber als die letztere endlich so weit gekommen war, benutzte die „Tribüne“ diese Gelegenheit gerade, um zu zeigen, was man von ihr zu erwarten habe. Daß man den Arbeitern zuruft, nicht einzuschlummern und ihre Macht zu verstärken, ist gut, und das tun wir alle, das ist sozialdemokratisch. Aber es ist Unsin, aus dem Beschluß der Liberalen Union abzuleiten, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Wenn man aber Notiz davon nimmt, was wir von den bürgerlichen Parteien erzielt haben, dann sieht die Sache anders aus. Wenn es mit dem Wahlrecht in Sachsen gerade verkehrt geht, schreibt Rawesteh in der „Tribüne“, daß es dort jetzt gerade prächtig gehe. Wenn man das Erzielte so bezieht, dann macht man aus den Arbeitern philosophische Proletarier. So kommt man zur Verneinung des Parlamentarismus. Troelstra vergleicht verschiedene Bewegungen im Auslande mit dem holländischen Wahlrechtskampf, so auch den Wahlrechtskampf in Preußen. Man passe da immer sorgfältig auf, der Bourgeoisie nicht in die Karten zu spielen. Als im Januar vorigen Jahres der Wahlrechtskampf ruhig verlaufen war, rühmte sich dessen der „Vorwärts“ gegen die bürgerliche Presse. Das geschieht nun im sozialistischen Berlin in einem Lande mit einer enormen Gewerkschaftsbewegung. Dort

zubeihen, stehe fest, aber der Parteitag dürfe nicht tun, was manche Genossen wünschen, nämlich abwarten, was die „Tribüne“ später tun werde. Jetzt sei der Augenblick gekommen, daß die Tribünisten sich entscheiden, ob sie noch in erster Stunde tun wollen, was die Partei von ihnen verlangt. Daß die Statuten der Partei gegen den Ausschluß sprächen, sei eitel Juristerei. Es sei verfehlt, gegen den Antrag zu sagen, daß die Sozialdemokratie Pressefreiheit verlange; das gelte dem Staate gegenüber, in der Partei aber dürfe die „Tribüne“ nicht bestehen bleiben und nur die Parteimitgliedschaft der Auszuschließenden werde angetastet. Damit solle zu erkennen gegeben werden, daß die Partei keine Verhinderung von Gegensätzen sei, aber eine Einheit von Meinungen. Abweichende Meinungen würden damit nicht unterdrückt, was damit bewiesen werde, daß diesen Meinungen ein offizielles Parteiwochenblatt gegeben werde. Wenn man gegen die „Tribüne“ aufträte, tue man das zugleich, weil dieses Blatt der Kern einer Partei in der Partei sei, mit dem ausgesprochenen Zwecke, eine Macht ins Leben zu rufen gegen wiederholte Parteibeschlüsse. Die Partei ist die Maßregel ihrer eigenen Würde und Ehre schuldig. Wir haben Euch, schließt der Redner zu den Tribünisten gewendet, zu Utrecht und Harlem auf den Parteitag etwas zu glimpflich behandelt.

Dr. Gorter ruft aus dem Zuschauerraum: „Eine katholische Kirche habt ihr aus der Partei gemacht!“ (Lärm und Widerspruch im Zuschauerraum.)

Troelstra: „Wenn es einen gibt, der nach einem neuen Merkmalismus flüchtet, dann wäre das Gorter.“ (Lärm und Beifall.) Rate Euch, bleibt Herr im eigenen Haus, und wollen sie nicht folgen, dann hinaus! (Langanhaltender Beifall, hier und da Pfeifen. Eine Minute lang wird die Sitzung durch Lärm im Zuschauerraum unterbrochen.)

(Fortsetzung folgt.)

## Gerichts-Zeitung.

Messenger-Boh und Postregal.

Ein interessanter Streit der Postverwaltung mit dem Institut der Messenger-Bohs beschäftigte gestern die Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Zuwiderhandlung gegen das Reichspostgesetz vom 28. Oktober 1871 und die Novelle vom 20. Dezember 1899 hatten sich der Direktor der „Berlin Messenger-Boh Company“, H. Hoffmann und der Stationsleiter Maximilian Guichard zu verantworten. Der Verstoß gegen das Postregal wurde darin gefunden, daß in der von dem zweiten Angeklagten geleiteten Station verschlossene Briefe befördert worden sind. Es stand somit zur Entscheidung, ob die Beförderung von Briefen mit geschlossenem Briefumschlag durch die Messenger-Bohs verboten ist. Das wäre der Fall, wenn das Institut als ein „Beförderungsinstitut“ im postalischen Sinne anzusehen ist. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte die letztere Frage verneint und die beiden Angeklagten freigesprochen. Hiergegen hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Die Novelle vom 20. Dezember 1899 hat in dem von ihr geschaffenen § 1a des Postgesetzes den Postzwang für verschlossene Briefe auch auf den Ortsverkehr ausgedehnt, aber im § 2a bestimmt: „Die Beförderung von verschlossenen Briefen im Ursprungsorte gegen Bezahlung von Voten, welche weder die Einsammlung von Briefen, Karten, Druckfachen gewerbsmäßig betreiben, noch im Dienste einer Privatbeförderungsanstalt stehen, ist ohne die im § 2 vorgeschriebenen Einschränkungen gestattet.“ Der Angeklagte Direktor Hoffmann gab ein Bild von dem Betriebe des Instituts, welches auf Ersuchen Voten zu den verschiedensten Dienstleistungen gegen tarifmäßige Gebühren auf telephonisches oder mündliches Ersuchen zur Verfügung stelle. Auch bei der Beförderung eines Briefes im Ortsverkehr habe der Messenger-Boh nur einen jeweiligen Auftrag zu erfüllen, ein Sammeln und Besorgen mehrerer Briefe auf derselben Wegstrecke finde nicht statt. Der Boh werde für seinen Gang nach der Zeit bezahlt. Darin könne eine Konkurrenz für die Reichspost und ein Verstoß gegen das Postgesetz unmöglich erblickt werden. Der Staatsanwalt war auf Grund der Ermittlungen, die Oberpostinspektor Harward im Auftrage der Postverwaltung angestellt hat, anderer Ansicht und beantragte gegen beide Angeklagte je 3 Mark Geldstrafe. Rechtsanwält Dr. Hollander konnte sich bei seinem Antrag auf Freisprechung auf ein Erkenntnis des bayerischen Oberlandesgerichts vom 23. Januar d. J. in einem gleichen Falle stützen. Er führte im Anschluß daran aus, daß durch die Postgesetznovelle von 1899 der Zweck verfolgt wurde, den organisierten gewerbsmäßigen Privatpostbetrieb zu beseitigen. Wie die Motive deutlich ergeben, sollte nur diese Konkurrenz der Post beseitigt, im übrigen aber die Briefbeförderung im Ursprungsort einer Beschränkung zugunsten der Post nicht unterworfen werden. Es sollen also weder Privatleute, noch Behörden, Handelsfirmen oder Vereine darin beschränkt werden, ihre Briefe durch Voten befördern zu lassen, ebensowenig soll es den Dienstmannern, weder den selbständigen, noch solchen, die einem Dienstmanninstitut angehören, untersagt werden, Aufträge zur Abtragung von Briefen gegen Bezahlung auszuführen, so weit sie nicht deren Einsammlung gewerbsmäßig betreiben. Nach den Betriebsregeln und der ganzen Organisation des Messenger-Boh-Instituts könne dieses nimmermehr als ein Beförderungsinstitut im Sinne des Postgesetzes, also als Privatpostanstalt angesehen werden, denn es fehle das charakteristische Merkmal eines Postbetriebes, daß eine Anzahl von Briefen gesammelt und einzelne Voten dann mit deren Abtragung auf einer bestimmten Wegstrecke betraut werden. Das Gericht kam aus ähnlichen Erwägungen zur Verwerfung der staatsanwaltlichen Berufung, so daß es bei dem freisprechenden Urteil des Schöffengerichts verbleibt.

# Avondblad, B.

## nieuwe Sociaal-Democratische Partij.

\*\*\* Amsterdam, 14 Maart.

In het lokaal „Handwerkers Vriendenkring" is heden de constitueerende vergadering gehouden van de nieuwe sociaal-democratische partij, onder leiding van den heer Wijnkoop.

Naast hem hadden aan de bestuursstafel plaats genomen zijne beide mede-redacteuren van de Tribune, de heeren Ceton en dr. van Ravesteyn, en voorts dr. Gorter, mr. Mendels en mevr. Mensing.

De voorzitter heette de vrij talrijke aanwezigen welkom namens de commissie van voorbereiding, benoemd op de eerste vergadering in „Plancius".

In die vergadering, zeide spr., werd besloten tot stichting eener nieuwe proletarische partij, bijaldien het referendum der S. D. A. P. de Doventer-ontg. besluiten bekrachtigde, en men heeft gisteravond in de bladen kunnen lezen dat dit inderdaad het geval was. Intusschen blijkt uit de cijfers van de stemming toch, dat ondanks alle opzichtigheid en weinig zakelijke argumenten toch nog 1/3 van de leden der S. D. A. P. tegen de verkrachting van de democratie is opgekomen.

Trouwens, ook Wibaut, die nog lid is van de S. D. A. P., heeft immers na het congres van Arnhem in het maandschrift „de Nieuwe Tijd" geschreven dat de wijze waarop de stemming was gehouden, een ernstige inbreuk was op het democratische karakter der partij. Spr. en zijne medestanders hebben herhaaldelijk in de S. D. A. P. gewaarschuwd tegen het wekken van stemming tegen een bepaalde groep in de partij. Maar mr. Troelstra zeide oortjids: „De Marxisten mogen in geen enkel opzicht overwinnen!" Schaper sprak in dezelfde geest.

Thans is hunne meening aanvaard door de geheele S. D. A. P., en dus werden de Tribunisten er ten slotte uitgegooid. Nadien heeft mr. Troelstra weer een brochure uitgegeven, handelend over de S. D. A. P. en daarin blijft hij vasthouden aan zijne vroegere bewering, dat de „Tribune" ten doel had te reageren tegen de besluiten der congressen, en om een systematischen strijd te voeren tegen de organen der partij, de Kamerfractie, het Partijbestuur enz.

Maar ook bij deze motiveering maakt hij zich weer schuldig aan een opzettelijk onjuist voorstellen van de zaak. De Marxisten deden niets anders dan een geoorloofde critiek te voeren tegen de in de partij gevolgde tactiek en zoowel „Het Volk" als de Kamerleden begonnen daarop o. a. tegen Gorter een ware „Hetze". Elk zakelijk verschil werd door hen omgezet in een persoonlijk; zij trachtten niet de zaak klaar en kalm te beschouwen, en verzuimden argumenten tegenover argumenten te stellen. Ook werd den Marxisten door allerlei middelen belet om eenmaal langs regelmatigen weg de meerderheid in de partij te verkrijgen, en dus werden zij gedwongen om buiten de oude organisatie het proletariaat op te zoeken, dat door deze niet bevolkt werd.

Wij zijn er dus uitgegaan, om het dwingend verbod van democratische uiting, gelijk dat neergelegd is in de verschillende congresbesluiten, te zamen en in onderlingen samenhang beschouwd. Niet alleen om het roeyment der Tribune-redacteuren. Het verbod om de „Tribune" uit te geven was ons in de eerste plaats een reden, en natuurlijk zat daaraan onmiddellijk vast het roeyment.

Het gaat niet om den toon, heeft Troelstra gezegd, maar om het uitgangspunt! Dat laatste beaamt spr. en hij wijst erop dat de Marxisten willen terugkeeren tot het oude program dat Troelstra en de zijnen hebben verwaarloosd.

Niet beter komt dat uit dan in den strijd der S. D. A. P. voor den 10-uren dag, met verwaarloozing van het ideaal 8-uren dag, en zelfs Troelstra heeft dan ook erkend dat de strijd voor den 10-urendag een kleine overwinning heeft opgeleverd voor het Alg. Ned. Werkliedenverbond — dat doode lichaam! Spr. wilde hier nog wel aan toevoegen, dat door de medewerking der S. D. A. P. ook de katholieke democraten hebben gegeried. Als de Marxisten nog in de S. D. A. P. waren, dan zouden zij nooit zeker wijzen, maar even twijfelbaar, zou er dan een uitbarsting tegen hen gevolgd zijn en dit toekent den toestand!

De S. D. A. P. is van den internationalen weg afgeweken. Ook dit heeft Wibaut na het Arnhemse congres in „de Nieuwe Tijd" erkend.

Gij wilt uit de S. D. A. P. is er gezegd. Maar spr. ontkende dit ten sterkste. Niemand ook niet de „Tribune"-redacteuren wilde de partij verlaten, maar zij eischen het recht voor zich op om in de gelderen het zuivere beginsel te propageeren en als fractie tot kracht te komen. Spr. verklaarde dat degenen die overgingen tot de nieuwe partij evenzeer de eenheid der sociaal-democratie willen als zij die nu nog lid zijn van de S. D. A. P. Nog op dit oogenblik — dus ter elder ure — willen wij medewerken indien het

meer zóó gaan inrichten, dat zij de burgerlijke klasse niet al te veel aanstoot geven. Verwacht niet alles van eigen kracht, roepen de revisionisten de arbeiders toe, maar ook wat van de bourgeoisie, en speciaal van de burgerlijke democratie.

Spr. en de zijnen echter waarschuwen tegen dit onmiddellijk voordeel, waardoor het beginsel verzwaakt wordt, en zelfs een Troelstra er toe kwam in de Kamer absoluut verkeerde voorstellingen te geven van het Marxisme.

O. a. verdedigde de aanvoerder der Kamerfractie theorieën die Treub den sociaal-democraten altijd in de schoenen wilde schuiven: bijv. de revolutionaire bedelaars-theorie, de catastrophe-theorie, en de vanzelf-theorie (het vanzelf overgaan van het kapitalisme en het socialisme). Hij werd zelfs een verdediger van het utopisch socialisme, en zette de periodiciteit overboord. Daarom wenschen wij dat nu een menschen in de Kamer komen die het wél weten. Het is hier geen quaestie van Wijnkoop of Ravesteyn, maar van de propaganda. De arbeiders moeten weten waar het om gaat, en het is de grootste schande welke zich in den loop van de ontwikkeling der S. D. A. P. voordoet, dat Troelstra c.s. trachten deze geweldige beginselquaesties terug te brengen tot een persoonlijke zaak.

Een tweede voorbeeld leverde de kiesrechtquaestie. Nu reeds wordt in „het Volk" het samengaan met de liberalen bij de herstemmingen aanbevolen. Wij, aldus spr., gaan echter met deze tactiek niet accoord. De onze is belichaamd in de in 1899 aangenomen motie van Troelstra, en daarom zullen wij alleen die liberalen steunen die zich volop verklaren vóór het algemeen kiesrecht, zonder beperking of voorbehoud.

Vervolgens besprak dr. Gorter nog de wijze waarop de sociaal-democraten getracht hebben hun beginselprogram buiten werking te stellen.

Hij deed dit aan de hand van een manifest, dat door hem en dr. van Ravesteyn aan de buitenlandse partijen zal worden opgezonden. Dr. van Ravesteyn geeft daarin aan de oorzaak der scheuring, en de wijze waarop de revisionisten in Nederland in den loop der jaren zijn afgeweken van het Marxistisch beginsel.

Daarna wordt er op gewezen dat het partijbestuur zonder daartoe eene opdracht ontvangen te hebben, eene commissie benoemde tot herziening van het partijprogram. Dus handelde het on-democratisch, waarbij nog komt dat de commissie partijdig was samengesteld. De conclusie der revisionisten was, dat zeer ingrijpende hervormingen noodzakelijk waren.

Natuurlijk, als men, gelijk Troelstra, wil schipperen met de burgerlijke partijen, maar hiertoe zullen de Marxisten zich nimmer leenen.

Spr. eindigde, evenals de voorzitter, met een woord van opwekking tot de leden. Onze strijd, zeide spr., zal moeilijk worden, maar de S. D. A. P. is een schip zonder roer. Zij week van haar eigen program af; noch theoretisch, noch praktisch heeft zij hechttheid, en dus zal de strijd niet zoo zwaar zijn als men denkt.

Het beginselprogram der S. D. A. P. werd daarna door het congres zonder debat, en met algemeene stemmen, aangenomen. (Applaus).

Door mr. Mendels werd hierop het partijprogram toegelicht. Hij begon met te verhalen dat dit congres een gevolg is van de omstandigheid dat de Marxisten in de S. D. A. P. niet konden zeggen wat zij meenden te moeten zeggen. Dat moest leiden tot een scheuring, en omdat spr. hiervoor vreesde, is hij wel eens bevreemd geweest voor een al te sterk terugroepen van het oude beginsel. Een tijdlang wilde ook hij het aan de natuurlijke ontwikkeling overlaten; hij meende dat de oogen van de meerderheid der partij wel zouden opengaan, maar ten slotte moest het tot een daad komen.

Spr. wil wel bekennen dat hij jarenlang onder deze verwachting is gedrukt gegaan, en dat hij er onder heeft geleden, maar toen eindelijk zelfs tegenleiding kwam, overal waar de Marxisten de leiding kregen, moest worden opgetreden.

Wat nu aangaat het partijprogram der S.D.A.P., natuurlijk zijn daar vele punten in, die ook door deze partij kunnen worden onderschreven. Maar het systematisch verband ontbreekt in veel opzichten en daarom moet een eigen program worden ontworpen. Een volledig uitgewerkt partijprogram kon echter nog niet worden opgesteld, gezien den korten tijd van voorbereiding. Maar wel achtte de commissie het gewenscht althans een leidraad voor te stellen, angeveend de regelen volgens welke den eersten tijd zal worden gewerkt. Aan eene speciale commissie kan dan worden opgedragen om de hand van dien leidraad een geheel uitgewerkt partijprogram te ontwerpen. De leidraad zal niet bindend zijn voor de commissie; hij geeft slechts weer wat als de grondslag der discussies kon worden aangenomen.

De inhoud is als volgt:

Strijdprogram.

„Algemeen, gelijk, enkelvoudig en rechtstreeks kiesrecht stemrecht voor mannen en vrouwen, die hun 20e jaar bereikt hebben, met geheime stemming. Democratiseering van alle staatsinstellingen (afschaffing de Kamer, volksreferendum, evenredige vertegenwoordiging, republikeinische roeyingsvorm.) „Bestrijding van alle maatregelen en wettelijke voorschriften, die de arbeidersklasse zouden belemmeren in haar vrijheid van organisatie en actie (recht van vereniging, vergadering, meenings- en uitingsvrijheid, stand

hervormingen, die de arbeidersklasse alleen nastreeft en die in het strijdprogram zijn geformuleerd;

„van oordeel, dat tegenover de schijnmanoeuvres der burgerlijke partijen van alle gading, wier streven gericht is op een vorm van A. K., waarbij de arbeidersklasse in ieder geval tegenover andere klassen der maatschappij, inzonderheid tegenover de kleine burgers en boeren in een ongunstige positie zal worden geplaatst, hetzij door invoering van een soort van organisch of meervoudig kiesrecht, hetzij door een deel der vrouwen het kiesrecht te verlenen, of door handhaving of door versterking van de macht van een tweede vertegenwoordigend lichaam volgens niet algemeen en gelijk kiesrecht gekozen, of door invoering van een toetsingsrecht he de taak van de arbeidersklasse is, deze schijnmanoeuvres in hun wezen te ontluilen en ze krachtig te bestrijden;

besluit bij de aanstaande verkiezingen den strijd voor het algemeen en gelijk kiesrecht voor mannen en vrouwen in dezen geest te voeren."

Evenals dr. Gorter, wees spr. erop dat de Revisionisten bij de herstemmingen met de linkse partijen zullen samenwerken. D.w.z., zeide spr., mr. Troelstra acht in zijne laatste brochure, de liberalen wel niet heel fris, maar hij meent toch dat ze in elk geval een streepje voor hebben bij de christelijken.

Nu, men begrijpt, dat de liberale propagandisten dit boekje in hun zak zullen steken als ze met de verkiezingen den boer opgaan, en het ook aanwenden zullen bij de eerste stemmingen.

Trouwens, nieuw is deze houding van mr. Troelstra niet. Want liep hij er niet evenzeer in, toen in de Tweede Kamer de liberalen Heemskerk als boeman zochten voor te stellen? Het zou, volgens Troelstra, de tactiek der sociaal-democraten zijn om dit ministerie de kriegsgevangene te houden van de Kamers, zoodat de modder-, schipper- of te wel de-politiek zou kunnen worden voortgezet.

Maar gevoelt men niet, dat hij die aldus spreekt, bij voorbaat alle principieele propaganda over boord moet gooien. Aan den wensch om in de Kamer een belangrijke positie te behouden om dus met zijne fractie op de wip te blijven zitten, offerde Troelstra den beginselstrijd op.

Maar ook de Liberale Unie heeft zich thans voor algemeen kiesrecht verklaard. Zeker, maar zij noemt geen enkele karaktertrek. Wij weten niet hoe of wat. Wellicht ontneemt ze ons met de eene hand, wat ze ons met de andere geeft. Maar „Het Volk" schreef er nochtans onmiddellijk van: „Wij kunnen met de zwenking van de liberale bourgeoisie naar de democratie tevreden zijn." (Gelach). Dat is geene voorlichting van de arbeiders. Men heft een vredeshymne aan, in plaats van weloverdachte sociaal-democratische kritiek te oefenen. Er had op gewezen behooren te worden, dat de L. U. algemeen kiesrecht zegt, maar dat dit nog niet beteekent, dat ze het doet! En ook de vrijzinnig-democraten moeten niet zonder meer gesteund worden bij de verkiezingen, waar Treub het algemeen kiesrecht achterstelt bij het organische kiesrecht, dat bij een hooger en vorm acht. Het organische geheel is voor ons de arbeidersklasse, en ten bate van deze stellen wij onzen eisch. Gewaarschuwd dient te worden tegen concessies welke de vrijzinnigen eventueel aan de conservatieven willen doen: als versterking van de macht der Eerste Kamer, verleening van het toetsingsrecht aan den rechter, enz.

Zaiver burgerlijk, noemde spr. het in zijne verdere toelichting op het stuk van vakorganisatie, verschil te maken tusschen de werklieden in de vrije bedrijven en ambtenaren of beamten. Troelstra c. s. willen den laatste wel vrijheid van organisatie verzekeren, maar voor de wijze van actie is door hen nooit ruiterlijk de strijd aangebonden, hoewel men zich bij de beoordeeling van quaesties als deze slechts heeft af te vragen of de betrokkenen te rangschikken zijn onder de proletariërs. Troelstra zoowel als Het Volk stellen het klassebelang der proletariërs achter bij het publiek belang. „In dienst van het publiek" geeft bij hen den doorslag, maar dit argument zou immers doordend zijn voor alle actie van groote groepen.

Wij moeten, aldus besloot spr., niet alleen letten op hetgeen dadelijk voordeel geeft, maar vooral nastreven op de voortdurende bewustwording der arbeiders. Het is een gemis aan socialistisch besef allereerst te denken aan de oogenblikkelijke noden. De marsch dient gericht te worden naar den tijd, dat er geene noden meer zullen zijn. (Applaus).

Troelstra heeft eens gezegd: „We moeten de arbeiders helpen, kan het zijn in de richting van ons program, kan het niet, dan toch!" Neen, riep spr. uit, „dan toch niet!" (Toejuichingen.) De werklieden mogen niet het kapitalisme zien als uitredding. Dat moet vóór alles worden voorkomen!

Spr. besloot met te herhalen, dat dit congres is voortgekomen uit bittere noodzakelijkheid, maar aan de vastberadenheid en de blijheid waarmee de strijd zal worden voortgezet, wanneer men niet met de S.D.A.P. tot overeenstemming komt, zal dit niets afdoen. Hierna werd gepauseerd.

In de middagzitting deelde de voorzitter allereerst mede, dat het de bedoeling is aan de commissie voor uitwerking van het partijprogram op te dragen, tot overeenstemming komt, zal dit niets afdoen.

de houding van de S. D. A. P., onder deze tactiek is geworden, en Frankrijk toont een gelijk beeld. Men waarschuwt er daar altijd tegen dat de republiek in gevaar kan komen en heeft dus de socialistische arbeiders gewend aan de gedachte om steeds bij de verkiezingen samen te gaan met de democratische republikeinen. Aanvankelijk dacht men ook daar te lande aan sociaal-democratische zijde op deze wijze de overwinning te behalen, maar later kwam de teleurstelling en Jaurès moest, geleerd door schade en schande terugkomen tot het standpunt waarheen Guéde hem al voor jaren verwezen had.

Thans is het oogenblik gekomen dat men zich niet meer mag laten vangen door de oude argumenten. Zeker, de oud-liberalen zijn vrijhandelaars, maar voor ons geldt het: het algemeen kiesrecht n. 1. Hieraan houden wij bij stemming en herstemming vast, omdat het proletariaat hierna wil vasthouden. (Toejuichingen).

Met algemeene stemmen werd nu besloten tot instelling van eene commissie van uitwerking van het partijprogram. Zij zal bestaan uit drie leden. Behalve de heer Wiedijk (Amsterdam) werden er in gekozen de heeren dr. van Ravesteyn (Rotterdam), en Sannes (Amsterdam).

De kiesrechtmotie werd onveranderd aangenomen en besloten werd de concept-statuten in handen te stellen van het te kiezen bestuur, ter vaststelling.

Als naam van de nieuwe partij werd door het bestuur voorgesteld: de Sociaal Democratische Partij in Nederland.

Uit de vergadering werden bezwaren geopperd tegen het weinig kenmerkende en onderscheidende van dien naam. Men wenschte te lezen: „Nieuwe, „Nederlandse" of „Internationale" Sociaal-democratische partij. Mr. Mendels beval „Nieuwe" aan, uit een praktisch en propagandistisch oogpunt maar dr. Gorter meende dat de ouderdom van de partij met dien naam niets te maken heeft. Het bestuursvoorstel werd aangenomen, zoodat de naam zal zijn als hierboven gespatieerd is aangegeven.

De heer Ceton leidde alsnu de besprekingen in over de aanstaande verkiezingen. Hij begon met er op te wijzen, dat de nieuwe partij, krachtens haar beginsel zal moeten strijden den onverzoonlijken klassenstrijd. Uitgesloten is echter in elk district een eigen candidaat te stellen en ook kunnen wij niet verwachten, dat wij een of meer zetels winnen. Daarvoor zijn onze krachten, is ons aantal te klein. Daarom moeten wij ons tot verkiezingsactie bepalen in die districten, waar wij kans hebben de meeste leden te winnen, en de meeste abonnés op de courant. Dus in de aller-eerste plaats in de groote steden. Amsterdam 3 en 9, Rotterdam 4, Leiden en Utrecht 2, waar door de nieuwe partij eigen kandidaten moeten worden gesteld naast die van de S. D. A. P. Van een aantal andere districten heeft de commissie nog geen zekerheid kunnen krijgen. Zij wet bijv. niet of de krachten sterk genoeg zijn in Amsterdam 2 en den Haag, en dus moet hierover nog eens gedacht worden. In ieder geval zal men zich echter in de overige districten hebben te onthouden, althans de partij als zoodaang treedt bij de verkiezingen in die districten niet op. Persoonlijk kan men doen wat men wil.

De heer Visser (Amsterdam) meende, dat in elk geval ook Amsterdam 2 een eigen candidaat moet stellen, omdat hier een groot aantal stengerechtigde arbeiders aanwezig is, die de afdeeling meent met vrucht te kunnen bewerken. Overigens verenigde spr. zich met het bestuursvoorstel. Gevraagd werd, wat de houding moet zijn tegenover de nauwere geestverwanten in de S. D. A. P. Spr. en zijne delegatie meenden dat deze Marxisten op denzelfden voet moeten worden behandeld als de overtuigde Revisionisten.

De heer Voogt (Tiel) sprak zijne verontwaardiging uit over de houding van de S.D.A.P. ten opzichte van mr. Mendels. Hij waarschuwde echter tegen het in de waagschaal stellen van de zetels der S.D.A.P. In Amsterdam 3 bijv. behoort men zich te onthouden.

De heer Vader (Weesp) sloot zich hierbij aan, maar de heer Coltof (den Haag) begreep niet waarom men nu nog de S.D.A.P. zou ontzien. De Marxisten hebben in de partij voorzichtigheid waargenomen tot het einde toe, en als dus nu op eigen gelegenheid wordt opgetreden, is dat de schuld der S.D.A.P. Overigens achtte spr. het beter geene bepaalde districten aan te wijzen. Het congres moet geene meening opdringen, waar de afdeelingsbesturen nog geene beslissing hebben genomen. Waar door de nieuwe partij geene kandidaten worden gesteld, mag thans niet in het wild gestemd worden.

De heer Wacht (Delft) stonde het bestuursvoorstel. De heer R. b. b. b. (Rotterdam) meende met Ceton, dat men zich eenvoudig heeft af te vragen of men in staat is in een zeker district voldoende propaganda voor de beginselen der nieuwe partij te voeren. Niet moet voorop staan het verkiezings-spelen, het alles op haren en smaren zetten teneinde een zetel te verwerven of te behouden.

Moj. Stel-Vos (Westerborden) wees erop, dat het gebruik in het buitenland meebrengt geene sociaal-democratische tegenkandidaten te stellen in de districten waar reeds sociaal-democraten van andere kleur zitten. De heer Knuttel (Leiden) wenschte ook bij eerste stemming den candidaat der S.D.A.P. te stemmen.

deeling Amsterdam, naar aanleiding van het optreden van dr. Van Ravesteyn in eene vergadering van S. L. te Amsterdam, eene motie voor, waarin betrouwd wordt dat hij gesproken heeft in eene vergadering, waar geen debat werd toegestaan.

Dr. Van Ravesteyn legde daarop uit, dat er misverstand was tusschen hem en het bestuur van S. L. over het karakter der vergadering, maar hij wilde hier wel verklaren dat hij het gebeurde betreurt.

Na eenig over- en veerspreken trok daarop de afdeeling Amsterdam haar motie in, en met het zingen der „Internationale" werd het congres gesloten.

## Sport.

### Voetbal.

#### Het Nederlandsch elftal.

In het Zondagochtendblad gaven we reeds de namen der spelers, die Zaterdagavond gekozen zijn om Zondag a.s. in den grooten wedstrijd om den Van den Abeelbeker te Antwerpen ons land te vertegenwoordigen in den strijd tegen de beste Belgische voetballers. De commissie is er in geslaagd een goed elftal op te stellen en vooral wat de achterhoede en middenlinie betreft zal wel haast iedereen met de keuze van de commissie accoord gaan.

Gonsalves had nog de vinnigste mededingers in Van Goch en mr. Sol.

Sol is steviger, meer geroutineerd, de H.B.S.'er Gaarentegen taaier en werkzamer. Gonsalves staat, als er gevaar dreigt, naast den doelman op de doellijn, hij steunt zijn verdediging zóó ijverig, dat hij soms de tactische fout maakt als middenman plaats te nemen achter de achterspelers. Een oogenblik daarna dringt hij weer mee op met zijn vleugel-voorwaarts en beschiet het vijandelijke doel.

De voorhoede was het moeilijkste punt en de tonger kwamen bij de bespreking der linie eerst goed los.

De rechtsbuitenplaats leverde veel moeilijkheden op.

De vleugel Snethlage-Welcker, die het vorige jaar zooveel goeds verrichtte, is niet meer wat hij was, door het uitvorm zijn van Snethlage. De Groot was de aangewezen persoon voor rechtsbinnen en men moest hem dus een vleugelspeler geven. Wij hadden het liefst Van der Wolk gekozen gezien. Eén vleugel uit één vereniging verdient aanbeveling en — ook al respecteren we de talenten van Welcker — de Spartaan heeft de zijne toch ook.

De Telegraaf noemt nog den naam van Reuterghem en terecht.

In den wedstrijd te Brussel op Mardi-gras deed deze speler uitmuntend werk. Het was voor de commissie een moeilijke keuze, het werd ten slotte weer raden en... Welcker zal spelen.

„Dat men Francken in plaats van Thomée nam op de linksbinnenplaats, komt ons verstandig voor. Ook Thomée is niet meer, wat hij verleden jaar was.

D. Kessler, inmiddels hersteld, was voor linksbinnen de enige candidaat.

Het is nu maar te hopen, dat alle gekozenen hunne benoeming zullen aanvaarden.

#### De wedstrijden van gisteren.

Van de wedstrijden van gisteren is in het kort al te vertellen, dat ze op enkele uitzonderingen na zijn uitgesteld wegens onbespeelbaarheid der terreinen, veroorzaakt door den sneeuwval.

De sneeuw komt den Voetbalbond, vooral deze maand, leelijk hinderen en brengt heel wat vertraging in de geregelde afwerking van het wedstrijdprogramma.

De proefwedstrijd van de zuidelijke elftallen, kon dank zij de goede zorgen van het N. O. A. D.-bestuur, doorgaan. De wedstrijd tusschen de Rotterdamse en Haagse Voetbalbonden moest worden uitgesteld en men zal trachten hem Zondag a.s. te doen plaats vinden.

In Amersfoort begon Quick tegen G. V. C., maar na rust vonden de Amersfoorters het blijkbaar te bar worden, zoodat zij het terrein verlieten, wat hun nadeelig totaal 0-3 met de reglementaire 0-5 nog vermeerderde, zoodat zij met 0-8 verloren.

Naar men ons mededeelt, verzuimde de consul te Utrecht tijdig te seinen, dat het terrein van U. V. V. onbespeelbaar was, zoodat D. V. V. een vergeefse reis van 's-Gravenhage naar Utrecht maakte.

Zoals men weet, zal het volgende seizoen, als het nieuwe Huishoudelijk Reglement van den N. V. B. in werking treedt, de Bond aansprakelijk zijn voor de noodloos gemaakte onkosten, die het gevolg waren van dergelijke abusien.

Het is te hopen, dat de bondswaardigheidsbekleeders dan wat actiever zullen zijn.

Van alle plaatsen in het land komen berichten, dat de wedstrijden niet doorgingen, hier en daar is men nog wel even begonnen te spelen, maar weldra werd gestaakt.

#### Quick-G. V. C.

Het sneeuwveld moet steeds als er begonnen wordt en het veld is zoo modderig, dat de spelers herhaaldelijk den bal voorbij loopen. G. V. C. zeemt in het begin het spel in handen en reeds na eenige minuten weet haar linksbuiten te doelposten. Nu begint Quick een beetje variger te spelen en tot de rust gaat het zowat gelijk op, met G. V. C. iets in de meerderheid. Den Wagenin-... (tekst is hier afgebroken)